

NEUE ZEIT

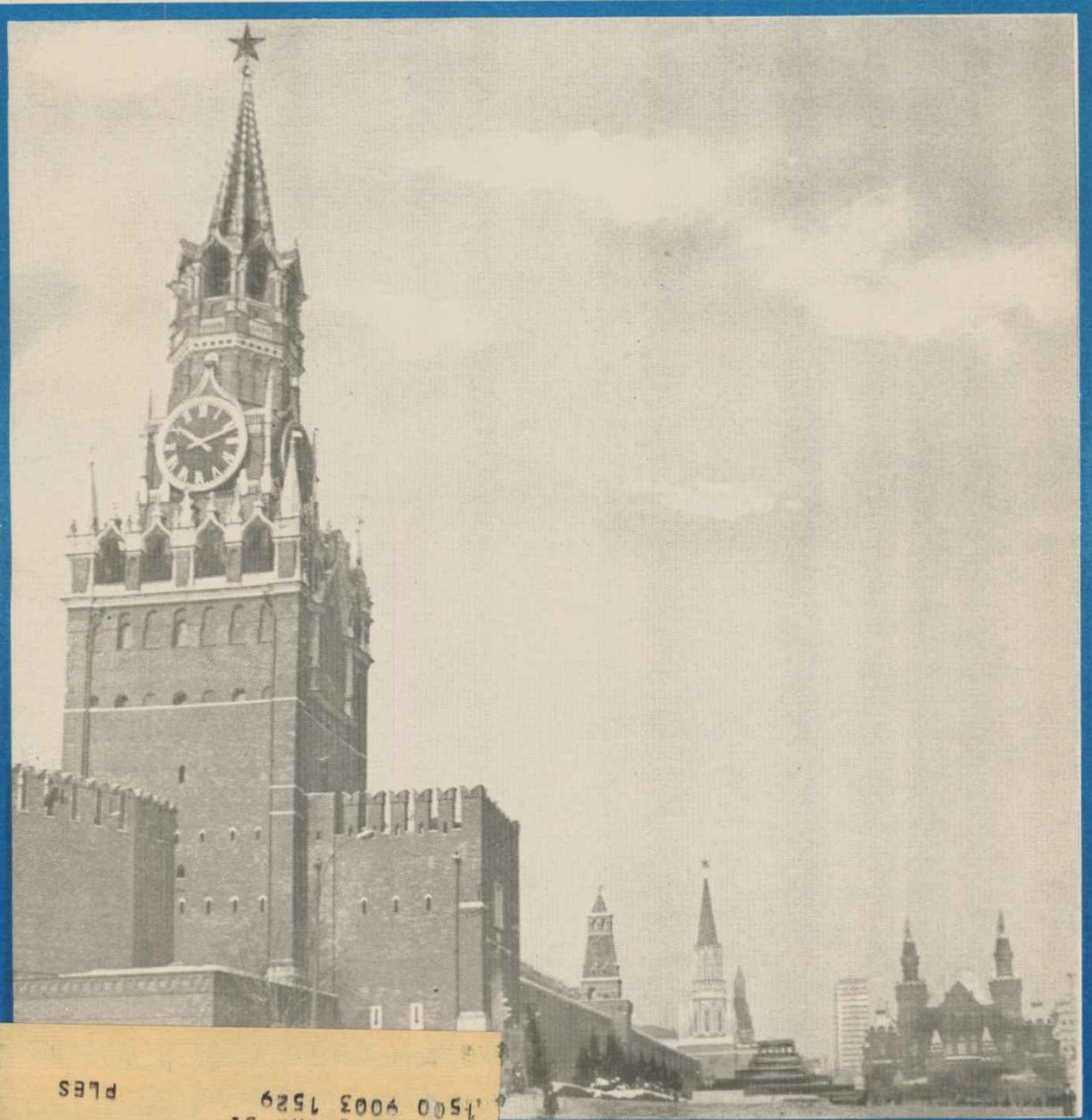
MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

MÄRZ 1985

12

auf-
genommen

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek



PL 65

14159 12 151 392 347
20PFLEGERW-BI 1500 9003 1529





Generalsekretär des ZK der KPdSU

Michail Sergejewitsch

GORBATSCHOW

Biographie

Michail Sergejewitsch

GORBATSCHEWS

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Sergejewitsch Gorbatschow, wurde am 2. März 1931 im Dorf Priwolnoje des Rayons Krasnogwardejski der Region Stawropol in einer Bauernfamilie geboren.

Kurz nach dem Großen Vaterländischen Krieg von 1941–1945 nahm er als 15jähriger seine Berufstätigkeit auf. Er arbeitete als Mechanisator in einer Maschinen- und Traktorenstation. 1952 trat Gorbatschow der KPdSU bei. 1955 schloß er ein Studium an der Juristischen Fakultät der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität und 1967 an der Landwirtschaftshochschule von Stawropol als Wissenschaftler im Fach Agronomie und Ökonomie ab.

Von 1955 an leistete Michail Sergejewitsch Gorbatschow Komsomol- und Parteiarbeit. In der Region Stawropol war er 1. Sekretär des Komsomol-Stadtkomitees von Stawropol, stellvertretender Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation und später 2. und 1. Sekretär des Regionskomitees des Komsomol.

Im März 1962 wurde Gorbatschow zum Parteiorganisator der Stawropoler territorialen Kolchos-Sowchos-Produktionsverwaltung berufen und im Dezember desselben Jahres als Leiter der Abteilung für Parteiorgane des Regionskomitees der KPdSU bestätigt.

Im September 1966 wurde er zum 1. Sekretär des Stadtkomitees der Partei von Stawropol gewählt. Ab August 1968 arbeitete Gorbatschow

als 2. Sekretär und ab April 1970 als 1. Sekretär des Regionskomitees der KPdSU der Region Stawropol.

M. S. Gorbatschow gehört seit 1971 dem Zentralkomitee der KPdSU an. Er war Delegierter des XXII., des XXIV., des XXV. und des XXVI. Parteitags. 1978 wurde er zum Sekretär des ZK, 1979 zum Kandidaten des Politbüros und im Oktober 1980 zum Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt. Er war Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR der 8.—11. Legislaturperiode, Vorsitzender der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten des Unionssowjets und Deputierter des Obersten Sowjets der Russischen Föderation der 10. und der 11. Legislaturperiode.

Michail Sergejewitsch Gorbatschow eine herausragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates. In allen Funktionen, die ihm die Partei anvertraut, wirkt er mit der ihm eigenen Initiative, Tatkräft und Hingabe, setzt er seine Kenntnisse, seine reichen Erfahrungen und sein organisatorisches Talent für die Realisierung der Politik der Partei ein und dient er selbstlos dem großen Werk Lenins und den Interessen des werktätigen Volkes.

Für Verdienste um die Kommunistische Partei und um den Sowjetstaat wurde M. S. Gorbatschow dreimal mit dem Leninorden, mit dem Orden der Oktoberrevolution, mit dem Orden des Roten Arbeitsbanners, mit dem Orden "Ehrenzeichen" und mit Medaillen ausgezeichnet.

MITTEILUNG

über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Am 11. März 1985 hat ein außerordentliches Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattgefunden.

Das Plenum des ZK der KPdSU wurde im Auftrag des Politbüros vom Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, eröffnet.

Die Teilnehmer des Plenums ehrten das Andenken des verstorbenen Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko, mit einer Minute trauervollen Schweigens.

Das Plenum stellte fest, daß die Kommunistische Partei der Sowjetunion und das ganze sowjetische Volk einen schweren Verlust erlitten haben. Ein hervorragender Partei- und Staatsfunktionär, ein Patriot und Internationalist, ein konsequenter Kämpfer für den Triumph der Ideale des Kommunismus und des Friedens auf der Erde lebt nicht mehr.

Sein ganzes Leben widmete Konstantin Tschernenko vollends dem Werk der Partei Lenins und den Interessen des Sowjetvolkes. Wo immer er von der Partei eingesetzt wurde, kämpfte er stets mit dem ihm eigenen Aufopferungswillen für die Durchsetzung der Politik der KPdSU.

Viel Aufmerksamkeit schenkte Konstantin Tschernenko der konsequenten Verwirklichung des Kurses auf Vervollkommenung des entwickelten Sozialismus, auf die Lösung großer Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, auf die Hebung des Wohlstandes und der Kultur des Sowjetvolkes, auf den weiteren Aufschwung der schöpferischen Aktivität der Massen, auf die Verbesserung der ideologischen Arbeit und auf die Stärkung der Disziplin, Gesetzlichkeit und Ordnung.

Einen großen Beitrag leistete Konstantin Tschernenko zur weiteren Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit mit den Bruderländern des Sozialismus, zur Verwirklichung der sozialistischen ökonomischen Integration und zur Festigung der Positionen der sozialistischen Gemeinschaft. Unter seiner Führung wurden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung unbeirrbar und konsequent in die Tat umgesetzt, die aggressiven Pläne des Imperialismus entschieden zurückgewiesen und ein unermüdlicher Kampf für die Beendigung des vom Imperialismus aufgezwungenen Wettrüstens, für die Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges und für die Gewährleistung einer zuverlässigen Sicherheit der Völker geführt.

Wie seinen Augapfel hütete Konstantin Tschernenko die Einheit unserer Kommunistischen Partei und den kollektiven Charakter der Tätigkeit des Zentralkomitees und seines Politbüros. Er strebte immer danach, daß die Partei auf allen Ebenen als ein geschlossener, eingespielter und kämpferischer Organismus wirkt. In der Einheit von Denken und Handeln der Kommunisten sah er ein Unterpfand für all unsere Erfolge, für die Überwindung der Mängel, ein Unterpfand für die fortschreitende Aufwärtsbewegung.

Das Plenum unterstrich, daß sich die Kommunisten und das ganze sowjetische Volk in diesen trauererfüllten Tagen noch enger um das Zentralkomitee der Partei und dessen Politbüro zusammenschließen. Die sowjetischen Menschen sehen in der Partei mit vollem Grund die führende und lenkende Kraft der Gesellschaft und sind entschlossen, hingebungsvoll für die Realisierung der Leninschen Innen- und Außenpolitik der KPdSU zu kämpfen.

Die Teilnehmer des Plenums sprachen den Verwandten und Angehörigen des Verstorbenen tiefempfundenes Beileid aus.

Das Plenum erörterte die Frage der Wahl des Generalsekretärs des ZK der KPdSU.

Zu dieser Frage sprach im Auftrag des Politbüros das Mitglied des Politbüros Andrej Gromyko. Er unterbreitete den Vorschlag, Michail Gorbatschow zum Generalsekretär des ZK der KPdSU zu wählen.

Das Plenum wählte Michail Gorbatschow einmütig zum Generalsekretär des ZK der KPdSU.

Anschließend ergriff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, das Wort. Er dankte zutiefst für das ihm vom Zentralkomitee der KPdSU erwiesene hohe Vertrauen und betonte, daß er sich sehr wohl darüber im klaren ist, wie hoch die damit verbundene Verantwortung ist.

Michail Gorbatschow versicherte dem Zentralkomitee der KPdSU, daß er alle Kräfte einsetzen wird, um der Partei, dem Volk und dem großen Werk Lenins treu zu dienen, um die programmatischen Richtlinien der KPdSU unabirrbar zu verwirklichen, um Kontinuität bei der Lösung der Aufgaben zur weiteren Stärkung der Wirtschafts- und Verteidigungskraft der UdSSR, zur Hebung des Wohlstands des Sowjetvolkes und zur Festigung des Friedens zu gewährleisten und beharrlich die Leninsche Innen- und Außenpolitik der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates in die Tat umzusetzen.

Damit beendete das Plenum des ZK der KPdSU seine Arbeit.

Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 11. März 1985

Teure Genossen!

Uns alle, unsere ganze Partei und unser ganzes Land hat ein schweres Leid ereilt, ein treuer Leninist, eine hervorragende Persönlichkeit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sowjetstaates, der internationalen kommunistischen Bewegung, ein einfühlsamer Mensch und talentierter Organisator, Konstantin Ustinowitsch Tschernenko, ist aus dem Leben geschieden.

Einen bedeutsamen und ruhmreichen Weg hat Konstantin Ustinowitsch zurückgelegt. Auf jedem Abschnitt, den ihm die Partei übertrug, kamen sein Talent, seine Fähigkeit, mit Menschen zu arbeiten, immer umfassender zur Geltung. Im Amt des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR setzte Konstantin Ustinowitsch Tschernenko all seine Kräfte und Kenntnisse für die Entwicklung der Wirtschaft des Landes, für die Hebung des Wohlstandes und der Kultur des Volkes, für die Gewährleistung der Sicherheit der Heimat und für die Erhaltung und Festigung des Friedens auf der Erde ein.

Wie seinen Augapfel hüte Konstantin Ustinowitsch Tschernenko die Einheit der Kommunistischen Partei, den kollektiven Charakter der Tätigkeit des Zentralkomitees und seines Politbüros. Er strebte stets danach, daß die Partei auf allen Ebenen als ein geschlossener, eingespielter und kämpferischer Organismus handelt. In der Einheit von Denken und Tun der Kommunisten sah er ein Unterpfand für Erfolge, für die Beseitigung von Mängeln, ein Unterpfand für die fortschreitende Aufwärtsbewegung.

Die auf dem XXVI. Parteitag und auf den darauffolgenden Plenaren des ZK der KPdSU unter aktiver Mitwirkung von Juri Wladimirowitsch Andropow und Konstantin Ustinowitsch Tschernenko ausgearbeitete strategische Linie war und bleibt unverändert. Das ist eine Linie der beschleunigten sozialökonomischen Entwicklung des Landes, der Vervollkommenung aller Aspekte im Leben der Gesellschaft. Es geht um die Umgestaltung der materiell-technischen Basis der Produktion.

Es geht um die Vervollkommenung des Systems der gesellschaftlichen Beziehungen, vor allem der wirtschaftlichen. Es geht auch um die Entwicklung des Menschen selbst, um eine qualitative Verbesserung der materiellen Bedingungen seines Lebens und seiner Arbeit, seiner geistigen Ausprägung.

Wir müssen eine entscheidende Wende bei der Umstellung der Volkswirtschaft auf das Gleis der intensiven Entwicklung durchsetzen. Wir müssen in kurzer Frist die vordersten Positionen in Wissenschaft und Technik und den Welthöchststand bei der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit erreichen. Ja, wir sind dazu verpflichtet.

Um diese Aufgabe erfolgreicher und schneller zu lösen, müssen der Wirtschaftsmechanismus und das ganze Leitungssystem auch künftig beharrlich vervollkommen werden. Beim Beschreiten dieses Weges und bei der Wahl optimaler Lösungen kommt es darauf an, die grundlegenden Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung schöpferisch anzuwenden. Das heißt, die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft konsequent voranzutreiben, das sozialistische Eigentum zu festigen, die Rechte der Betriebe zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und sie stärker am Endergebnis der Arbeit zu interessieren. Das heißt, die gesamte wirtschaftliche Entwicklung letztendlich den Interessen der sowjetischen Menschen unterzuordnen.

Die Partei wird die von ihr ausgearbeitete soziale Politik unentwegt weiter verfolgen. Alles für den Menschen, alles zum Wohle des Menschen — diese programmatische These muß mit immer tiefem und konkretem Inhalt erfüllt werden. Denn die Verbesserung der Lebensbedingungen für den Menschen muß auf dessen wachsendem Beitrag zum gemeinsamen Werk beruhen. Wo Abweichungen von diesem Grundsatz zugelassen werden, wird unvermeidlich die soziale Gerechtigkeit verletzt, die einen überaus wichtigen Faktor der Einheit und Stabilität der sozialistischen Gesellschaft darstellt.

Die weitere Vervollkommenung und Entwicklung der Demokratie des gesamten Systems der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes betrachtet die Partei

als eine Hauptaufgabe der Innenpolitik. Hierbei sind vielfältige Aufgaben zu lösen. Dahingehend wird auch nicht wenig getan. Und zwar wird die Rolle der Sowjets erhöht und werden die Gewerkschaften, der Komsomol, die Volkskontrolle und die Arbeitskollektive aktiviert. Dennoch steht beharrliche Arbeit sowohl in den bereits festgelegten als auch in neuen Richtungen bevor.

Die Vertiefung der sozialistischen Demokratie ist mit der Erhöhung des gesellschaftlichen Bewußtseins untrennbar verbunden. Die Wirksamkeit der Erziehungsarbeit äußert sich vor allem darin, wie die Arbeiter, die Kolchosbauern und die Angehörigen der Intelligenz an der Lösung großer und kleiner Probleme mitwirken, wie sie arbeiten und wie sie gegen die Mängel kämpfen. Die Erhöhung der sozialen und Arbeitsaktivität der sowjetischen Menschen, die Festigung der Disziplin, die Erziehung zu Patriotismus und Internationalismus — das ist es, woran die Ergebnisse der gesamten ideologischen Arbeit gemessen werden.

Dabei werden auch künftig entschlossene Maßnahmen ergriffen, um weiter Ordnung zu schaffen, unser Leben von fremden Erscheinungen und jeglichen Übergriffen auf die Interessen der Gesellschaft und ihrer Bürger zu befreien und die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen.

Wir müssen auch weiterhin die Transparenz in der Arbeit der Organisationen von Partei, Staat und Gesellschaft erhöhen. W. I. Lenin zufolge liegt die Stärke des Staates in der Bewußtheit der Massen. Unsere Praxis hat diese Schlußfolgerung voll und ganz bestätigt. Je besser die Menschen informiert sind, desto bewußter handeln sie, desto aktiver unterstützen sie die Partei, deren Pläne und deren programmatische Ziele.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik ist unser Kurs klar und konsequent. Das ist der Kurs des Friedens und des Fortschritts.

Das erste Gebot für Partei und Staat ist, die brüderliche Freundschaft mit unseren engsten Kampfgefährten und Verbündeten — den Ländern der großen sozialistischen Gemeinschaft — zu hüten und allseitig zu festigen. Wir werden alles von uns Abhängende tun, um das Zusammenwirken mit den sozialistischen Staaten zu

erweitern und die Rolle und den Einfluß des Sozialismus im Weltgeschehen zu erhöhen. Wir möchten eine ernsthafte Verbesserung der Beziehungen zur Volksrepublik China und sind der Auffassung, daß dies bei Gegenseitigkeit durchaus möglich ist.

Die Sowjetunion unterstützte immer den Kampf der Völker für die Befreiung vom kolonialen Joch. Auch heute sind unsere Sympathien auf der Seite der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die den Weg der Festigung der Unabhängigkeit und sozialen Erneuerung gehen. Sie sind für uns Freunde und Partner im Kampf für einen dauerhaften Frieden und für bessere, gerechte Beziehungen zwischen den Völkern.

Was die Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten betrifft, so möchte ich folgendes sagen. Wir werden den Leninschen Kurs des Friedens und der friedlichen Koexistenz strikt verfolgen. Guten Willen wird die Sowjetunion immer mit gutem Willen beantworten und Vertrauen mit Vertrauen. Aber alle sollen wissen, daß wir die Interessen unserer Heimat und ihrer Verbündeten niemals preisgeben werden.

Wir schätzen die Erfolge der internationalen Entspannung, die in den 70er Jahren erzielt wurden, und sind bereit, an der Fortführung des Prozesses der Herstellung friedlicher und gegenseitig vorteilhafter Zusammenarbeit zwischen den Staaten mitzuwirken, die auf Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Nichtfeindseligkeit in die inneren Angelegenheiten beruht. Mit neuen Schritten in dieser Richtung könnte der 40. Jahrestag des großen Sieges über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus gebührend gewürdigt werden.

Noch nie zuvor drohte der Menschheit eine so schreckliche Gefahr wie in unseren Tagen. Der einzige vernünftige Ausweg aus der entstandenen Lage ist eine Vereinbarung zwischen den einander gegenüberstehenden Kräften darüber, daß das Wettrüsten — vor allem bei nuklearen Waffen — auf der Erde unverzüglich eingestellt und im Weltraum nicht zugelassen wird. Eine Vereinbarung auf ehrlicher und gleichberechtigter Grundlage, ohne Versuche, die andere Seite "auszutricksen" und ihr die eigenen Bedingungen zu diktionieren. Eine Vereinbarung, die allen hilft, dem ersehnten Ziel näher zu kommen, nämlich der vollständigen Vernichtung der Kernwaffen und ihrem Verbot für alle Zeiten, der völligen Beseitigung der Gefahr eines Kernwaffenganges. Davon sind wir fest überzeugt.

Morgen beginnen in Genf Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Standpunkt der UdSSR zu diesen Verhandlungen ist gut bekannt. Ich kann nur von neuem bekräftigen: Wir streben keine einseitigen Vorteile gegenüber den Vereinigten Staaten und den NATO-Ländern an, keine militärische Überlegenheit über diese Länder. Wir wollen die Einstellung, nicht die Fortsetzung des Wettrüstens und

schlagen deshalb vor, die Kernwaffenarsenal einzufrieren und die Stationierung von Raketen zu stoppen. Wir wollen eine echte und bedeutende Reduzierung der angehäuften Waffen und nicht die Schaffung immer neuer Waffensysteme, sei es im Weltraum oder auf der Erde.

Es wäre zu wünschen, daß unsere Verhandlungspartner in Genf die Haltung der Sowjetunion verstehen und mit Gegenseitigkeit beantworten. Dann würde ein Abkommen möglich werden. Und die Völker der Welt könnten erleichtert aufatmen.

Die KPdSU ist ihrem Wesen nach eine internationalistische Partei. Die uns Gleichgesinnten im Ausland können sicher sein: Im Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt wird die Partei Lenins wie stets mit den brüderlichen kommunistischen und Arbeiterparteien sowie den revolutionär-demokratischen Parteien eng zusammenarbeiten und für die Einheit und das aktive Zusammenwirken aller revolutionären Kräfte eintreten.

Genossen, die Lösung der vor uns stehenden schwierigen Aufgaben setzt die weitere Festigung der Partei und die Erhöhung ihrer organisierenden und lenkenden Rolle voraus. Die KPdSU wird auch weiterhin von dem Leninschen Gedanken ausgehen, daß eine prinzipien-feste Politik die einzige richtige Politik ist. Diese kollektiv erarbeitete Politik wird konsequent und unbeirrt realisiert. Die Partei ist ja gerade jene Kraft, die fähig ist, die Interessen aller Klassen und sozialen Gruppen, aller Nationen und Völkernschaften des Landes zu berücksichtigen, sie zusammenzuschließen und die Energie des Volkes für das gemeinsame Werk des kommunistischen Aufbaus zu mobilisieren.

Die Politik der Partei war und bleibt auf die Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Intelligenz, auf die kontinuierliche Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern unseres großen multinationalen Staates gerichtet.

Die KPdSU wird mit allen Mitteln die schöpferische Initiative der Jugend entwickeln, für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Frauen sorgen und sich um die Bedürfnisse und Wünsche der Kriegs- und Arbeitsveteranen kümmern.

Angesichts der komplizierten internationalen Lage ist es wie nie zuvor wichtig, die Verteidigungsfähigkeit unserer Heimat auf einem Niveau zu halten, das potentielle Aggressoren genau wissen: Ein Anschlag auf die Sicherheit des Sowjetlandes und seiner Verbündeten, auf das friedliche Leben der sowjetischen Menschen wird mit einem vernichtenden Gegenschlag beantwortet. Unsere ruhmvollen Streitkräfte werden auch künftig über alles verfügen, was dazu notwendig ist.

Zur Zeit ist die Vorbereitung des XXVII. Parteitages der KPdSU in vollem Gange. Auf diesem Parteitag werden eine Neufassung des Programms der Partei erörtert sowie die Perspektiven der

Entwicklung des Landes für den nächsten Fünfjahrplanzeitraum und bis zum Jahre 2000 abgesteckt.

Die Zeit erfordert angespannte, schöpferische Arbeit der Parteiorganisationen auf allen Ebenen. An allen Abschnitten, an jedem Ort müssen die Kommunisten beispielgebend für die Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflicht, für die gewissenhafte Arbeit zum Wohle der Gesellschaft sowie für die strikte Einhaltung des Leninschen Arbeitsstils sein. Das betrifft in erster Linie die Parteidader sowie die Partei- und Staatsfunktionäre. Die KPdSU wird unerschütterlich die Linie zur Verstärkung der Anforderungen, zur Erhöhung der Verantwortung für die übertragene Aufgabe verfolgen. Nach Beendigung des Plenums werden sich die Mitglieder des Zentralkomitees, die ersten Sekretäre der Gebietskomitees, alle seine Teilnehmer an die Basis zurückbegeben, um mit neuer Energie an die Arbeit zu gehen. Und Arbeit gibt es genug. Vor allem gilt es, die Arbeit zur Erfüllung der Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dieses Jahres erfolgreich abzuschließen und damit einen sicheren Start für den nächsten Fünfjahrplan zu sichern.

Der strenge Winter hatte die Realisierung der Planaufgaben in einer Reihe von Zweigen etwas gehemmt. Also heißt es jetzt, kräftig zuzupacken, die Reserven zu mobilisieren und alle Kräfte einzusetzen, um das Versäumte nachzuholen und bis zum Jahresende die gesteckten Ziele zu erreichen.

Genossen, in diesen Tagen spüren wir noch stärker, wie mächtig und einheitlich die Reihen der Kommunisten sind, wie geschlossen und einig unser Sowjetvolk ist. Bei den jüngsten Wahlen haben die sowjetischen Menschen erneut ihre einmütige Unterstützung für den Kurs unserer Partei und unseres Staates zum Ausdruck gebracht. Diese Unterstützung inspiriert und verpflichtet.

Das Plenum des Zentralkomitees hat mir heute die schweren und großen Pflichten des Generalsekretärs des ZK der KPdSU übertragen. Ich bin mir wohl bewußt, wie groß das mir erwiesene Vertrauen und wie groß die damit verbundene Verantwortung ist. Ich rechne für die bevorstehende Arbeit mit der Unterstützung und aktiven Hilfe der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, der Sekretäre des ZK, des ganzen Zentralkomitees der Partei. Ihre reichen Erfahrungen sind der konzentrierte Ausdruck der historischen Erfahrungen unseres Volkes. Ich verspreche Ihnen, Genossen, unserer Partei, unserem Volk und dem großen Werk Lenins mit aller Kraft treu zu dienen.

Gestatten Sie mir, meiner Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß Volk und Partei, zusammengeschlossen um das Zentralkomitee, auf dem Wege zum XXVII. Parteitag alles tun werden, damit unsere Sowjetheimat noch reicher und mächtiger wird, damit sich die schöpferischen Kräfte des Sozialismus noch reicher entfalten.



Konstantin Ustinowitsch

TSCHERNENKO

(1911 — 1985)

Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR bringen in tiefer Trauer der Partei und dem gesamten Sowjetvolk zur Kenntnis, daß der Generalsekretär des ZK der KPdSU, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Ustinowitsch TSCHERENENKO, am 10. März 1985 um 19 Uhr 20 Minuten nach

schwerer Krankheit verschied.

Den Namen Konstantin Ustinowitsch Tschernenkos — eines hervorragenden Politikers der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, eines standhaften Kämpfers für die Ideale des Kommunismus, für den Frieden — werden die sowjetischen Menschen, wird die gesamte progressive Menschheit nie vergessen.

APPEL des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR an die Kommunistische Partei und das sowjetische Volk

Liebe Genossen!

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion, der Sowjetstaat und das ganze sowjetische Volk haben einen schweren Verlust erlitten. Konstantin Ustinowitsch Tschernenko, ein hervorragender Parteifunktionär und Staatsmann, Patriot und Internationalist, ein konsequenter Kämpfer für den Triumph der Ideale des Kommunismus und des Friedens in der Welt, ist verschieden.

Das ganze Leben Konstantin Ustinowitsch Tschernenkos war bis zum Ende der Sache der Leninschen Partei, den Interessen des sowjetischen Volkes gewidmet. Wohin ihn die Partei auch schickte, kämpfte er unverändert, mit der ihm eigenen Selbstlosigkeit, für die Verwirklichung der Politik der KPdSU, deren Reihen er mehr als 50 Jahre lang angehörte.

Von einem führenden Komsomolfunktionär und dem Parteiorganisator einer Grenzeinheit bis zum Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR — das war der Lebensweg K. U. Tschernenkos. In den höchsten Ämtern von Partei und Staat kam seine Begabung als Organisator, als

Führer Leninschen Typs in vollem Maße zur Geltung. Das Zentralkomitee der Partei und das Politbüro des ZK der KPdSU mit K. U. Tschernenko an der Spitze leisteten große und fruchtbringende Arbeit bei der Mobilisierung der Werktätigen zur Erfüllung der Beschlüsse des XXVI. Parteitags der KPdSU und der folgenden Plenartagungen des Zentralkomitees.

Konsequent wurde Kurs auf die Vollkommenung des entwickelten Sozialismus, auf die Lösung großer Aufgaben der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und die Hebung des Wohlstandes des Sowjetvolkes, auf die weitere Erhöhung der schöpferischen Aktivität der Massen und die Verbesserung der ideologischen Arbeit gehalten. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Partei standen stets Fragen der Stärkung der Disziplin, Gesetzlichkeit und Ordnung, der Kadernpolitik, der Aktivierung der Tätigkeit der Sowjets, des Komsomols, der Volkskontrolle, der Schulreform und der Vergrößerung der gesellschaftlichen Rolle von Literatur und Kunst. Es wird aktiv an den Vorbereitungen auf den nächsten, den XXVII. Parteitag der KPdSU und an einer neuen Fassung des Parteiprogramms gearbeitet.

Auf internationaler Ebene konzentrierte die Partei ihre Anstrengungen auf die weitere Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Bruderländern. Mit der Tätigkeit K. U. Tschernenkos sind der Übergang zu einer neuen Etappe der sozialistischen ökonomischen Integration und die Festigung der Positionen der sozialistischen Gemeinschaft verbunden.

Das ZK der KPdSU und der Sowjetstaat verwirklichten fest und konsequent das Prinzip der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, traten den aggressiven Plänen und Bestrebungen der reaktionärsten Kreise des Imperialismus entschieden entgegen und kämpften unermüdlich für die Einstellung des vom Imperialismus aufgezwungenen Wettrüstens, für die Abwendung der Gefahr eines nuklearen Krieges und für die Gewährleistung einer zuverlässigen Sicherheit der Völker.

Das Zentralkomitee der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR wenden sich im Zusammenhang mit dem schweren Verlust an die Kommunisten und an das sowjetische Volk mit dem Appell, sich um das Leninsche Zentralkomitee der Partei und sein Politbüro noch enger zusammenzuschließen. Die Werktätigen unseres Landes sehen in der kommunistischen Partei der Sowjetunion mit gutem Grund die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft. Alles Handeln und alle Gedanken der Partei sind auf den selbstlosen Dienst an den Grundinteressen des sowjetischen Volkes, an der Sache des Kommunismus gerichtet.

Die KPdSU ist mit der unsterblichen revolutionären marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet. Sie schreitet unbeirrt auf dem von Lenin gewiesenen Weg und wird von diesem Weg niemals abweichen.

Die Partei wird auch künftig den Kurs auf die allseitige Vervollkommnung des entwickelten Sozialismus halten. Sie betrachtet als den höchsten Sinn ihrer Tätigkeit die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage der Intensivierung der Wirtschaft und der maximalen Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Mit aller Beharrlichkeit wird das dem Sozialismus eigene Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in allen Bereichen unseres Lebens immer vollständiger verwirklicht und die von den Werktätigen des Landes gebilligte und unterstützte Linie auf Festigung von Disziplin, Ordnung und Organisiertheit unentwegt eingehalten werden. Die Partei wird das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Intelligenz und die brüderliche Freundschaft der Sowjetvölker, die die Grundlage der Lebenstätigkeit unserer Gesellschaft bilden, auch künftig festigen und die sozialistische Demokratie entwickeln. Die Partei betrachtete und betrachtet die marxistisch-leninistische Überzeugtheit, den Kollektivgeist, den Patriotismus und den proletarischen sozialistischen

Internationalismus als die höchsten geistigen Werte der sowjetischen Menschen.

Die KPdSU und der Sowjetstaat taten und tun alles Mögliche und Notwendige für die Festigung der sozialistischen Gemeinschaft, für die Festigung der Positionen des Sozialismus auf dem internationalen Schauplatz, für die Verhinderung einer nuklearen Katastrophe und für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens. Wir wollen die Einstellung des Wettrüstens, die Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums und wirken beharrlich darauf hin. Unser Endziel ist die vollständige Vernichtung der Kernwaffen überall auf der Erde und die vollständige Abwendung der Gefahr eines nuklearen Krieges. Die Sowjetunion trat und tritt stets für einen konstruktiven Dialog, für praktische Maßnahmen, die zur Verringerung der internationalen Spannungen, zur Schaffung einer Atmosphäre des Vertrauens, der Zusammenarbeit und der Versöhnung zwischen allen Völkern und Staaten führen, ein.

Die Sowjetunion bedroht niemanden und strebt keine militärische Überlegenheit an. Sie wird aber nicht zulassen, daß irgendein anderes Land oder eine Koalition von Staaten eine solche Überlegenheit erlangt. Eben deshalb werden wir auch künftig die Wachsamkeit unermüdlich steigern und die Verteidigungsfähigkeit unserer sozialistischen Heimat festigen.

Unsere Sympathien und unsere Unterstützung sind auf der Seite der Völker, die für Freiheit und nationale Unabhängigkeit kämpfen. Die KPdSU hält in ihrem Kampf für Frieden und sozialen Fortschritt dem konsequenten Kurs auf allseitigen Zusammenschluß der Kräfte der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung stets die Treue.

Die Ziele der Partei sind klar und erhaben. Sie haben der KPdSU das grenzenlose Vertrauen der Werktätigen eingebracht. Die Stärke der Partei liegt in der Einheit mit dem Volk. Die Stärke des Volkes liegt in der Einheit mit der Partei, in ihrer Führung.

Konstantin Ustinowitsch Tschernenko, der sein ganzes Leben dem freuen Dienst an der Partei und am sowjetischen Volk widmete, wird stets in der Erinnerung der Kommunisten und aller sowjetischen Menschen weiterleben. Er wird als ein leidenschaftlicher Propagandist der marxistisch-leninistischen Ideen, als verständnisvoller und zugleich anspruchsvoller Vorgesetzter, als ein Mensch in unserer Erinnerung bleiben, der gegenüber den Nöten und Sorgen der arbeitenden Menschen teilnahmsvoll und aufmerksam war.

Das Zentralkomitee der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR sind fest davon überzeugt, daß die Kommunisten und alle sowjetischen Menschen hohes Bewußtsein und hohe Organisiertheit an den Tag legen, mit noch mehr Elan und Selbstlosigkeit arbeiten, das Wirtschafts- und das Verteidigungspotential unserer Heimat festigen und das Banner des Großen Oktober in Ehren hochhalten werden.

DAS LETZTE GELEIT

Das Sowjetvolk, die gesamte fortschrittliche Menschheit gaben am 13. März dem Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Ustinowitsch Tschernenko — einer hervorragenden Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung — das letzte Geleit.

Vom frühen Morgen an zogen Arbeiter und Angestellte von Werken und Fabriken, Mitarbeiter von Organisationen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten, Wissenschaftler und Kulturschaffende, Militärangehörige, Kolchosbauern und Studenten in tiefer Trauer durch den Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften. Zehntausende sowjetische Menschen erwiesen dem Mann, dessen ganzes Leben ein leuchtendes Beispiel unerschütterlicher Treue zur großen Sache der Partei Lenins, selbstloser Arbeit für den Triumph der Ideale des Kommunismus war, die letzte Ehre.

... Die Ehrenwache am Sarg des Verschiedenen hielten M. Gorbatschow, G. Alijew, V. Worotnikow, V. Grischin, A. Gromyko, D. Kunajew, G. Romanow, M. Solomenzew, N. Tichonow, W. Stscherbicki, P. Demitschew, W. Dolgich, W. Kusnezow, B. Ponomarjow, V. Tschebrikow, E. Schewardnadse, M. Simjanin, I. Kapitonow, J. Ligatschow, K. Russakow und N. Ryshkow.

Dann übernahmen die Mitglieder der Beisetzungskommission G. Markow, V. Mischin, V. Tereschkowa, P. Fedossejew, S. Schalajew, J. Prokofjew und S. Ziglimow die Ehrenwache.

... 12 Uhr. Im Saal verbleiben nur die Angehörigen Konstantin Tschernenkos. Die letzten Minuten des Abschieds.

Trauermusik erklingt. Der Sarg mit der sterblichen Hülle Konstantin Tschernenkos wird aus dem Säulensaal getragen und auf eine Geschützlaube gehoben. Der Zug setzt sich Richtung Roter Platz in Bewegung.

In tiefer Trauer schreiten hinter dem Sarg Konstantin Tschernenkos die Führer der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, die Mitglieder der Beisetzungskommission, die Angehörigen und enge Freunde des Verstorbenen, die Leiter von Ministerien und Ämtern, verantwortliche Mitarbeiter des ZK der KPdSU, des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU und des Exekutivkomitees des Moskauer Stadtsoviets, Vertreter der Öffentlichkeit.

Dem Trauerzug vorangefahren werden viele Kränze, die vom ZK der KPdSU, dem

Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR, dem Ministerrat der UdSSR, den Unions- und autonomen Republiken, Regionen und Gebieten, Ministerien und Ämtern, Partei-, Staats- und Massenorganisationen, von Arbeitskollektiven des Landes im Haus der Gewerkschaften niedergelegt wurden, sowie die Kränze ausländischer Delegationen.

Auf rotem Atlas liegen die sowjetischen Orden und Medaillen, mit denen Konstantin Tschernenko für große Verdienste vor der Heimat ausgezeichnet wurde, sowie die höchsten Orden der Bruderländer.

... Der Rote Platz, Tausende Moskauer, die zum Trauermeeting gekommen sind, verharren in tiefer Trauer. Angetreten sind die Truppenteile der Moskauer Garnison. Über ihren Marschkolonnen sind die Truppenfahnen gesenkt.

Der Trauerzug nähert sich dem Mausoleum. Der Sarg wird von der Lafette auf ein Postament gesetzt.

Die zentrale Tribüne des Mausoleums betreten M. Gorbatschow, G. Alijew, V. Worotnikow, V. Grischin, A. Gromyko, D. Kunajew, G. Romanow, M. Solomenzew, N. Tichonow, W. Stscherbicki, P. Demitschew, W. Dolgich, W. Kusnezow, B. Ponomarjow, V. Tschebrikow, E. Schewardnadse, M. Simjanin, I. Kapitonow, J. Ligatschow, K. Russakow, N. Ryshkow, die Mitglieder der Beisetzungskommission.

Auf den Tribünen Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPdSU, Mitglieder der Zentralen Revisionskommission der KPdSU, Deputierte der Obersten Sowjets der UdSSR und der RSFSR, Vertreter von Partei-, Staats- und Massenorganisationen, Heerführer und Bestarbeiter der Produktion.

Hier sind auch die zahlreichen ausländischen Gäste, die zur Beisetzung Konstantin Tschernenkos gekommen sind.

Anwesend sind die Partei- und Staatsdelegationen: der VRB unter T. Shiukow; der UVR unter J. Kadjar; der SRV unter Truong Chinh; der DDR unter E. Honecker; der KDVR unter Kang Sung Sang; der Republik Kuba unter R. Castro; der VDR unter Sufanuwong; der MVR unter J. Balmunch; der VRP unter W. Jaruzelski; der SRR unter N. Ceausescu; der CSSR unter G. Husak und der SFRJ unter V. Djuranovic und A. Sukrija. Ferner eine Delegation der VRCh unter Li Peng.

Auf der Tribüne waren die Delegationen: der KP Portugals unter A. Cunhal; der DKP unter H. Mies; der KP Griechenlands unter H. Florakis; der IKP unter A. Natta; der FKP unter G. Plissonier und

M. Gremetz; der KP Japans unter T. Fuwa; der KP Kanadas unter W. Kashian; der SEW unter H. Schmitt; der KP Österreichs unter F. Muhri; der KP Israels unter M. Vilner; der KP Dänemarks unter J. Jensen; der Fortschrittspartei der Werktätigen Zyperns (AKEL) unter E. Papaioannou; der KP der USA unter J. Jackson u.a. Ferner die Delegationen der VR Angola unter J. E. dos Santos; der DR Afghanistan unter B. Karmal; des Sozialistischen Äthiopiens unter Mengistu Mariam; der VR Kampuchea unter Heng Samrin; der VR Mosambik unter S. Machel u.a.

Anwesend waren weiter die Delegationen: Österreichs unter R. Kirchschläger; Algeriens unter M. C. Messadie; Großbritanniens unter M. Thatcher; der BRD unter H. Kohl; Simbabwes unter C. Banana; Indiens unter R. Gandhi; Jordaniens unter A. Ubaydat; Irlands unter Präsident P. Hillery; Spaniens unter F. Gonzalez; der JAR unter A. A. Abdul Ghani; der VDR unter A. N. Muhammad; Italiens unter A. Pertini; Kanadas unter Ministerpräsident B. Mulroney; des Libanon unter R. Karame; Maltas unter Präsident A. Barbara; Marokkos unter M. K. Lamrani; Nikaraguas unter D. Ortega; Norwegens unter Kronprinz Harald und Ministerpräsident K. Willoch; Pakistans unter Präsident Zia ul-Haq; der USA unter G. Bush; der Türkei unter T. Özal; Finlands unter M. Koivisto; Frankreichs unter F. Mitterrand; Schwedens unter Prinz Bertil; Japans unter Y. Nakasone; der UNO unter Generalsekretär J. Perez de Cuellar u.a.

Die Mitglieder des diplomatischen Korps sind zugegen.

Das Trauermeeting wird vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, eröffnet.

"Teure Genossen!

Wir geben Konstantin Tschernenko das letzte Geleit.

In dieser Stunde der Trauer zollen die sowjetischen Menschen dem treuen Sohn unserer Partei und unseres Volkes, dem standhaften Kämpfer für die edlen kommunistischen Ideale, der hervorragenden Persönlichkeit von Partei und Staat tiefe Achtung.

Konstantin Tschernenko hat sich von Jugend an ganz dem Dienst an der Sache der Partei, an den Interessen des Volkes gewidmet. Auf welchen Abschnitten der Partei- und Staatsarbeit er auch stand — an der Grenze unserer Heimat, in Sibirien oder im Wolga-Gebiet, in Moldawien oder in Moskau —, überall arbeitete Konstantin Tschernenko unter Einsatz aller Kräfte, wirkte als leidenschaftlicher Propagandist des Marxismus-Leninismus, inspirierte und einigte die Menschen, lenkte

deren Anstrengungen geschickt auf große, nützliche Werke. Stets kennzeichneten ihn hohe ideologische Überzeugtheit, schöpferische Leidenschaft, Engagement, parteiliche Prinzipientreue, Feinfühligkeit und Aufmerksamkeit gegenüber den Menschen.

Die reichen politischen Erfahrungen Konstantin Tschernenkos kamen am deutlichsten in den Funktionen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zum Ausdruck. Unter seiner Führung wurden vom ZK und vom Politbüro des ZK wichtige Beschlüsse zu Grundfragen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung des Landes, der kommunistischen Erziehung der Massen angenommen und realisiert.

Konstantin Tschernenko hat viel für die Verwirklichung des Leninschen Kurses unserer Partei getan — des Kurses auf die Stärkung der Macht unserer Heimat, die Bewahrung und Festigung des Weltfriedens.

Heute erklären die Kommunistische Partei, ihr Zentralkomitee und das Politbüro des ZK vor dem Sowjetvolk fest ihre unerschütterliche Entschlossenheit, der großen Sache des Sozialismus und Kommunismus, der Sache des Friedens, des sozialen Fortschritts und des Glücks der Werktagigen treu zu dienen.

Unter tätiger Anteilnahme Konstantin Tschernenkos wurde der Kurs der Partei auf die allseitige Intensivierung der Produktion, auf die weitere Hebung des materiellen Wohlstandes und der geistigen Kultur des Volkes, auf die Vertiefung der sozialistischen Demokratie und die Vervollkommnung des politischen Systems der Gesellschaft kollektiv erarbeitet und durchgeführt.

Wir werden uns auch in Zukunft zielstrebig für die Verwirklichung der Beschlüsse des XXVI. Parteitages der KPdSU, des November-Plenums (1982) und der nachfolgenden Plenars des ZK zur Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes, zur Stärkung seines Wirtschafts- und Verteidigungspotentials einsetzen. Wichtigste Aufgabe von Partei und Staat waren und sind stets die Befriedigung der wachsenden Bedürfnisse der sowjetischen Menschen, die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit werden auch in Zukunft die Entwicklung von Initiative und Schöpfertum der Massen, die strikte Beachtung von Ordnung und Gesetzlichkeit, die Festigung der Arbeits-, Staats- und Parteidisziplin stehen.

Wir werden jene, die nicht mit Worten, sondern mit Taten, mit praktischen Ergebnissen eine ehrliche und gewissenhafte Einstellung zur Erfüllung ihrer gesellschaftlichen Pflicht zeigen, alseitig unterstützen, fördern und hervorheben.

Wir werden gegen jegliche Erscheinungen des Prunks und des Schwätzertums, des Dünkels und der Verantwortungslos-

sigkeit, gegen alles kämpfen, was im Widerspruch zu den sozialistischen Lebensnormen steht.

Das ZK wird auch in Zukunft unermüdlich die Geschlossenheit der Partei, ihre Verbindungen zu den Massen festigen, den Stil der Partei-, der Staats- und der gesellschaftlichen Arbeit vervollkommen.

Mit dem Namen Konstantin Tschernenkos sind die Verwirklichung des Außenpolitischen Kurses des Sowjetstaates, die bedeutenden Friedensinitiativen zur Beendigung des Wettrüstens, zur Abwendung der Nuklearkriegsgefahr verbunden. Unsere Partei, unser Staat werden auch in Zukunft die Anstrengungen in dieser Richtung verstärken, werden alles tun, um den Frieden zu bewahren. Wir gehen davon aus, daß das Recht, in Frieden und Freiheit zu leben, das Hauptrecht des Menschen ist.

Wir bekräftigen erneut Bereitschaft, gutnachbarliche Beziehungen zu allen Ländern entsprechend den Prinzipien der friedlichen Koexistenz, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der beiderseits vorteilhaften Zusammenarbeit zu pflegen.

Die Sowjetunion hat niemals und niemandem gedroht. Doch niemand und niemals wird es gelingen, uns seinen Willen zu diktieren.

Der Sozialismus wird, wie Lenin lehrte, seine Vorteile beweisen, doch das nicht mit Waffengewalt, sondern durch die Kraft seines Beispiels in allen Lebensbereichen der Gesellschaft — dem ökonomischen, dem politischen und dem moralisch-sittlichen Bereich.

Der Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts dienen zuverlässig die wachsende Macht und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung tun alles Notwendige, damit der Bruderbund der sozialistischen Länder noch fester wird, damit sich ihre politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiterentwickelt und vertieft. Unsere Partei wird, treu den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus, auch in Zukunft alles für eine verstärkte Zusammenarbeit der Bruderländer, für die Festigung ihrer internationalen Positionen tun.

Wir sind davon überzeugt, daß die Ziele der KPdSU, die dem XXVII. Parteitag entgegengeht, erreicht werden. Die Gewähr dafür ist die selbstlose Arbeit der sowjetischen Menschen, die unerschütterliche Einheit von Partei und Volk.

Gestatten Sie im Namen des ZK der KPdSU und der Sowjetregierung, den Bruderparteien, den Werktagigen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft, den Regierungen und Völkern anderer Staaten, allen, die das helle Andenken an Konstantin Tschernenko geehrt haben, Dank zu bekunden.

In dieser Stunde des Abschieds von Konstantin Tschernenko möchte ich des-

sen Familie und Angehörigen aufrichtiges und tiefeempfundenes Beileid bekunden.

Wir verneigen uns vor Dir, teurer Genosse und Mitstreiter, wir versprechen, unbirrt dem Kurs der Partei Lenins zu folgen. Ihrer Sache zu dienen, bedeutet, der Sache des Volkes zu dienen. Diese unsere Pflicht werden wir bis zum letzten erfüllen.

Unser letzter Gruß, teurer Konstantin Ustinowitsch!

Das Wort erhält das Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU, der erste Sekretär des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU, Viktor Grischin:

"Genossen!

Die Kommunisten, die Werktagigen Moskaus sind zusammen mit der Partei und dem Sowjetvolk in tiefer Trauer um den Generalsekretär des ZK der KPdSU, den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Konstantin Tschernenko.

Das ganze Leben Konstantin Tschernenkos, einer herausragenden Persönlichkeit der Kommunistischen Partei und des Sowjetstaates, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, ist ein leuchtendes Beispiel der grenzenlosen Treue zur großen Sache Lenins, zum Aufbau des Kommunismus. Er war ein treuer Sohn des Sowjetvolkes und stellte sein Talent, all seine Kräfte in den Dienst an den sowjetischen Menschen."

Auf dem Meeting sprachen ferner der Held der Sozialistischen Arbeit S. Zigladow, Mechanisator des Sowchos "Legostajewski", Rayon Nowossoljowo, Region Krasnojarsk, Deputierter des Obersten Sowjets der RSFSR; das Mitglied des ZK der KPdSU, Held der Sozialistischen Arbeit P. Fedossejew, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR, und der Erste Sekretär des ZK des Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes, V. Mischin.

Um 13 Uhr 40 Minuten wird der Sarg in das Grab gesenkt.

Unter den Klängen der Nationalhymne der UdSSR donnern Geschützsalven. Gleichzeitig wird Salut in den Hauptstädten der Unionsrepubliken, in den Heldenstädten Leningrad, Wolgograd, Odessa, Sewastopol, Noworossijsk, Kertsch und Tula, in der Heldenfestung Brest sowie in den Städten Kaliningrad, Lwow, Rostow am Don, Kuibyschew, Swerdlowsk, Nowosibirsk, Tschita, Chabarowsk, Wladivostok und Krasnojarsk geschossen.

Das Land verharrete in tiefer Trauer: Für fünf Minuten ruhte die Arbeit der Betriebe und Organisationen. In Fabriken und Werken, auf den Eisenbahnen, den Schiffen der Hochsee- und der Binnenschiffe erlöste für drei Minuten die Sirenen.

Das helle Andenken an Konstantin Tschernenko werden die Kommunisten, alle sowjetischen Menschen, die gesamte fortschrittliche Menschheit für immer in ihren Herzen bewahren.

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 12 MÄRZ 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENTSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSSTSCHIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Michail Sergejewitsch Gorbatschow (Kurzer Lebenslauf)	2
Mitteilung über das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion	3
Rede des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, auf dem Plenum des ZK der KPdSU am 11. März 1985	4
Appell des Zentralkomitees der KPdSU, des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR und des Ministerrats der UdSSR an die Kommunistische Partei und das sowjetische Volk	7
Das letzte Geleit	9
L. Kapiza, J. Fjodorow — Die Alternative im Atomzeitalter	14
A. Archipow — UdSSR—USA. Mission guten Willens	16
L. Charkow — UdSSR—Jugoslawien. Auf bewährter Grundlage	16
S. Borissov — UdSSR—Frankreich. Positive Bilanz	17
L. Shegalow — Bewegung der Nichtpaktgebundenen. Unentwegt voran	18
A. Wladimirow — Grenada. Unter dem Militärstiefel	18
A. Baryschew — Startplatz Aggression	20
O. Fomin — Neuauflage von Camp David	22
L. Jelissejew — Unverändert (Kommentar)	23
W. Baidakow — Bangladesh. Zeit der Prüfungen	24
B. Pistschik — Waffe im Friedenskampf (Das politische Buch)	26
W. Galin — Gemeinsam gegen den Krieg	27
G. Ustinow — Afghanistan. In der „Muschel“	28
J. Lawrow — Diskussion mit dem Leser	32



Moskau. Roter Platz.

Foto: W. Panow

Am 13. März fand eine Zusammenkunft Michail Gorbatschows mit den Chefs der im Zusammenhang mit dem Ableben Konstantin Tschernenkos in Moskau eingetroffenen Partei- und Staatsdelegationen der Warschauer Vertragsstaaten statt. Die Teilnehmer waren Todor Shiwkow, Generalsekretär des ZK der BKP und Vorsitzender des Staatsrates der VRB, Janos Kadar, Erster Sekretär der USAP, Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der DDR und Vorsitzender des Staatsrates der PVA, Wojciech Jaruzelski, Erster Sekretär des ZK der PVA und Vorsitzender des Ministerrats der VRP, Nicolae Ceausescu, Generalsekretär der RKP und Präsident der SRR, und Gustav Husak, Generalsekretär des ZK der KPTsch und Präsident der CSSR. Die Teilnehmer des Treffens tauschten ihre Meinungen über aktuelle Fragen des sozialistischen Aufbaus, der Vorbereitung zu den kommenden Parteitagen der Bruderparteien und über die internationale Gegenwartslage aus. Sie brachten die Entschlossenheit zum Ausdruck, das allseitige politische Zusammenspiel und die wirtschaftlichen, ideologischen und anderen Kontakte zu perfektionieren. Auch bekräftigten sie das Bestreben der Warschauer Vertragsstaaten, konsequent und konstruktiv auf ein Nachlassen der Spannungen in der Welt, auf die Bannung der Kernkriegsgefahr, auf wirksame Maßnahmen zur Abrüstung, vor allem der nuklearen, sowie darauf hinzuwirken, daß die Militarisierung des Kosmos nicht zugelassen wird. Es wurde betont, daß in der jetzigen komplizierten internationalen Lage eine Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Bruderländer sowie der Koordinierung ihres Vorgehens auf dem internationalen Schauplatz besondere Bedeutung gewinnt. An dem Gespräch nahmen Nikolai Tichonow, Andrej Gromyko und Konstantin Russakow, Sekretär des ZK der KPdSU, teil. Bei der Zusammenkunft herrschte eine Atmosphäre der Herzlichkeit und des Einvernehmens.

Am 8. März wurde in der sowjetischen Presse eine Mitteilung über die jüngste Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU veröffentlicht. Die Direktiven für die UdSSR-Delegation bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen wurden bestätigt. Dabei wurde betont, daß die Verhandlungen die Möglichkeit eröffnen — bei beiderseitiger Bereitschaft dazu —, die Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu stoppen, damit einen großen Schritt zur Lösung der historischen Aufgabe zu tun, die Nuklearwaffen vollständig und überall zu beseitigen. Ein Bericht Michail Simjanins über das Moskauer Treffen der Sekretäre für Ideologie und Propaganda der Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder wurde entgegengenommen. Das Politbüro billigte einen

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 [Auskünfte]. Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

IN KÜRZE

Bericht Andrej Gromykos über dessen Besuche in Italien und Spanien. Dabei wurde konstatiert, daß im Ergebnis der mit Spitzenpolitikern dieser Staaten geführten Gespräche, in deren Mittelpunkt die Schlüsselfragen der europäischen und der Weltpolitik standen, eine gewisse Nähe der Positionen der UdSSR, Italiens und Spaniens bezüglich der dringenden Notwendigkeit deutlich wurde, wirksame Anstrengungen zur Abwendung der Nuklearkriegsgefahr, für die internationale Entspannung zu unternehmen. Ein Bericht Andrej Gromykos über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Vizekanzler und Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher, wurde gebilligt. Dabei wurde betont, daß die sowjetische Führung für die Entwicklung der beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit mit der BRD auf der Grundlage des Moskauer Vertrages von 1970 und der anderen sowjetisch-bundesdeutschen Abkommen eintritt. Auf der Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU wurden auch einige andere Fragen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufbaus, der Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung, der konsequenten Durchführung des Kurses des Friedens und der Zusammenarbeit in den internationalen Beziehungen behandelt.

Am 6. März fand in Moskau ein Treffen der Sekretäre für Ideologie und Propaganda der Zentralkomitees kommunistischer und Arbeiterparteien sozialistischer Länder statt. Zur Eröffnung sprach Michail Gorbatschow. Die Teilnehmer des Treffens hatten einen Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der ideologischen, der Informations- und Propagandaarbeit, vor allem anlässlich des bevorstehenden 40. Jahrestages des Sieges über das faschistische Deutschland und das militäristische Japan.

Auf Einladung des ZK der KPdSU hielt sich eine Delegation von Parteiarbeitern der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, unter dem Mitglied des Politbüros des ZK der MRVP, Tserendashiyin Namsray, vom 1. bis zum 7. März in der Sowjetunion auf. Der Delegationsleiter wurde von Michail Gorbatschow empfangen. Die mongolischen Genossen hatten Begegnungen mit den Sekretären des ZK der KPdSU, Michail Simjanin und Jegor Ligatschow. Bei den Gesprächen, die in einer herzlichen, kameradschaftlichen Atmosphäre verliefen, wurde mit Genugtuung die erfolgreiche Entwicklung der engen allseitigen Zusammenarbeit KPdSU--MRVP, UdSSR--MVR konstatiert.

Vom 3. bis zum 5. März hielt sich das Mitglied des Präsidiums des ZK der KPTsch, der Sekretär des ZK der KPTsch,

Vasil Bilak, mit einer Gruppe verantwortlicher Mitarbeiter des ZK der KPTsch in der Sowjetunion auf. Er hatte Gespräche mit Michail Gorbatschow, Boris Ponomarjow, mit den Sekretären des ZK der KPdSU, Michail Simjanin und Nikolai Ryshkow. Bei der Erörterung aktueller internationaler Fragen wurde die Notwendigkeit der weiteren Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft im Kampf für den Frieden, für die gemeinsamen internationales Ziele und Interessen unterstrichen. Dem gefährlichen Kurs des US-Imperialismus auf Konfrontation und globales Diktat setzen die UdSSR, die CSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages einen Kurs auf die grundlegende Gesundung des internationalen Klimas, die Beendigung des Wettrüstens auf der Erde und dessen Verhinderung im Weltraum entgegen.

Am 10. März traf der Außenminister Frankreichs, Roland Dumas, zu einem Besuch in Moskau ein. Am 11. März wurde Roland Dumas von Nikolai Tichonow empfangen. Im Namen der Regierung Frankreichs bekundete Dumas tiefempfundenes Beileid zum Ableben Konstantin Tschernenkos. Nikolai Tichonow dankte dem Minister für die Anteilnahme. In dem Meinungsaustausch wurde das Streben der UdSSR und Frankreichs bekräftigt, jeder von seiner Seite um größeres gegenseitiges Verständnis bemüht, zur Wiederherstellung eines Klimas des Vertrauens in den Beziehungen zwischen den Staaten beizutragen. Am gleichen Tag konferierte Andrej Gromyko mit dem französischen Außenminister. (S. 17).

Am 6. März erfolgten in Moskau sowjetisch-angolanisch-kubanische Konsultationen, bei denen die Lage im südlichen Afrika allseitig erörtert wurde. Die Seiten konstatierten übereinstimmend, daß seit den dreiseitigen Konsultationen vom Januar 1984 die Spannungen in dieser Region nicht nachgelassen haben, was das Ergebnis der fortgesetzten aggressiven Politik Pretorias gegen Angola und andere unabhängige afrikanische Staaten ist. Die Konsultationsteilnehmer unterstrichen, daß nur die Bereitschaft, die legitimen Interessen Angolas und des namibischen Volkes, dessen anerkannter Vertreter die SWAPO ist, zu berücksichtigen, zur realen Gesundung der Lage und zum Frieden im südwestlichen Afrika führen kann. Die RSA muß ihre direkte wie indirekte Aggression gegen Angola beenden. Es muß auch einen deutlichen Fortschritt bei der Namibia-Lösung auf der Grundlage der entsprechenden UNO-Beschlüsse, u. a. der Resolution Nr. 435 des UNO-Sicherheitsrats, geben.

Am 7. März traf Boris Ponomarjow mit dem Präsidenten des Weltbundes der Partnerstädte, dem ehemaligen Premierminister Frankreichs, Pierre Mauroy, zusammen. Es fand ein Meinungsaustausch über die Tätigkeit des Weltbundes unter dem Aspekt der Verstärkung seiner Rolle im Friedenskampf sowie über einige aktuelle internationale Fragen statt.

Am 7. März traf der Sekretär des ZK der KPdSU, Michail Simjanin, mit dem Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KP Kubas, Jorge Risquit, zusammen. Fragen der ideologischen Arbeit der KPdSU und der KP Kubas wurden erörtert.

Am 6. März setzte eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Wladimir Stscherbikow in den USA die Diskussionen mit einer Delegation des Repräsentantenhauses des US-Kongresses fort. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der Fragenkomplex der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über Nuklear- und Weltraumwaffen. Am gleichen Tag traf die sowjetische Delegation im Kongreß mit Mitgliedern des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten zusammen. Bei der Begegnung hielt Wladimir Stscherbikow eine Rede. Am 8. März traf Wladimir Stscherbikow im Weißen Haus mit US-Präsident Ronald Reagan zusammen. Am 9. März trat die sowjetische Delegation eine Reise durch das Land an. (S. 16).

Am 5. März traf Vitali Worotnikow, der sich zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien aufhielt, mit dem Vorsitzenden des Präsidiums der SR Serbien, Dusan Ckrebic, zusammen. Besondere Aufmerksamkeit galt dabei Fragen der Ausweitung und Vervollkommenung der direkten vielseitigen Verbindungen zwischen der Russischen Föderation und Serbien. Am 7. März traf Vitali Worotnikow mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des BdKJ Ali Sukrija zusammen. Am gleichen Tag hatte er ein Gespräch mit dem Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ, dem Vorsitzenden des ZK des Bundes der Kommunisten Serbiens, Ivan Stambolic. Am 8. März traf Vitali Worotnikow in der Hauptstadt Montenegro, Titograd, ein. Am 10. März führte Vitali Worotnikow abschließende Gespräche mit dem Vorsitzenden des Exekutivrates der Skupschtna Montenegro, Radivoje Brajovic. Ein Kooperationsprogramm für die Jahre 1985-1987, das das gemeinsame Streben nach weiterer Entwicklung der Beziehungen zwischen der RSFSR und der SR Montenegro im Rahmen der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit zum Ausdruck bringt, wurde unter-

IN KÜRZE

zeichnet. Am gleichen Tag reiste Vitali Worotnikow in die UdSSR zurück. (S. 16).

Am 11. März trafen Lew Tolkunow und August Voss, die Vorsitzenden des Unions- und des Nationalitätensovjets des Obersten Sowjets der UdSSR, mit einer Delegation des Nationalen Volkskongresses Chinas unter Z. Chengxian, Mitglied von dessen Ständigem Komitee, zusammen. Zhang Chengxian sprach das tiefe Beileid der Delegation zum Ableben Konstantin Tschernenkos aus. Er dankte für den herzlichen Empfang der chinesischen Parlamentarier und nahm für einen Ausbau der Beziehungen zwischen der VR China und der UdSSR, auch zwischen den obersten Machtorganen der beiden Länder, Stellung. Am 12. März wurde die chinesische Delegation im Kreml von Wassili Kusnezow, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und erster stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, empfangen. Beide Seiten äußerten sich befriedigt über die Aufnahme der Beziehungen zwischen dem Obersten Sowjet der UdSSR und dem Nationalen Volkskongress. Sowjetischerseits wurde die Konsequenz und Grundsätzlichkeit der sowjetischen Politik der VR China gegenüber hervorgehoben. Wie es in der Rede Michail Gorbatschows, des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom 11. März hieß, wünscht die UdSSR wesentlich bessere Beziehungen zur VR China und hält sie, falls Gegenseitigkeit besteht, für durchaus möglich.

Am 12. März begannen in Genf laut früherer Gipfelvereinbarung die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die nuklearen und kosmischen Waffen. Chefdelegierter der UdSSR ist Viktor Karpow, Chefdelegierter der USA Max Kampelman.

Am 12. März ist als Resultat von Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der UdSSR und Jugoslawiens ein Abkommen über die gegenseitige Belieferung mit Schiffen und Schiffsaurüstungen für 1986–1990 unterzeichnet worden. Die Signatarien konstatierten befriedigt die zügige und fruchtbbringende Entwicklung der Zusammenarbeit der beiden Länder im Schiffbau. Insgesamt werden die gegenseitigen einschlägigen Lieferungen im kommenden Planjahr fünf rund 1,5 Md. Dollar betragen.

Druck auf Kongreß

In der ersten März-Hälfte übte das Weiße Haus massiven Druck auf den US-Kongreß aus. So sollte die Zustimmung der Parlamentarier zu den Bewilligungen für die Produktion der zweiten Partie von 21 ballistischen MX-Interkontinentalraketen im laufenden Finanzjahr erreicht werden. Im Kongreß gibt es eine ziemlich starke Opposition gegen dieses 21,5 Md. Dollar teure Programm.

Am 4. März richtete Präsident Reagan an den Kongreß einen diesbezüglichen Bericht und einen Begleitbrief, in dem er an alle Abgeordneten appellierte, das MX-Produktionsprogramm zu bestätigen. Und einige Tage später rief er in einer Rundfunkrede erneut zur Aufstockung des nuklearstrategischen Offensivarsenals auf, vor allem durch die MX-Raketen.

Diese Interkontinentalraketen sind ein wichtiger Bestandteil des Programms zur Verstärkung der "nuklearen Triade" der USA. Es sieht ferner die Ausrüstung der B-52-Bomber mit nuklearen Cruise Missiles und den Bau neuer schwerer B-1B-Bomber sowie die Aufstellung der U-Boot-gestützten ballistischen Trident-2-Raketen vor.

Die Administration, die sich die Gesetzgeber gefügt zu machen sucht, behauptet demagogisch, die Aufstockung der Nuklearwaffen sowie die Militarisierung des Weltraums seien der einzige mögliche Weg zur Festigung der Sicherheit, gar "ein Schlüssel zum Erfolg" bei den in Genf begonnenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen. Doch ein solcher Weg kann nur in die Sackgasse führen und eine neue Runde des Wettrüsts einleiten.

Eskalation der Kampfhandlungen

In der vergangenen Woche eskalierten die iranisch-irakischen Kampfhandlungen erneut. Verstärkte Artillerieduelle und Bombardierungen führen nicht nur zu Verlusten bei der kämpfenden Truppe, sondern auch zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung und zu großen Zerstörungen.

Wie das irakische Oberkommando am 8. März mitteilte, beschoss die iranische Artillerie intensiv die iranischen Städte Basra, Mandali und Tuweilah. Irakische Flugzeuge flogen 257 Kampfeinsätze und brachten dem Gegner "sehr große Verluste" an Menschen und Material bei. Sie attackierten und vernichteten auch ein

"großes Seeziel" unweit der iranischen Insel Khark. Am gleichen Tag meldete die Nachrichtenagentur IRNA den Beschuss der iranischen Städte Dizful, Abadan und Masjid-i-Sulaiman durch die irakische Artillerie. Es gibt Tote und Verwundete.

In den folgenden Tagen meldeten die Lageberichte beider Seiten weiterhin Aktivitäten der Artillerie und der Luftstreitkräfte. Erneut wurden die Städte Basra und Dizful unter Artilleriebeschuss genommen. Am 8. März führten irakische Flugzeuge 242, am 9. März 282 Kampfeinsätze durch. Iranische Meldungen zufolge bombardierten irakische Flugzeuge ferner Abadan, die zweitgrößte Stadt des Iran, Isfahan, die Städte Andimishk, Khurramshab, Ram Hormuz, Nehavend und andere. Die iranische Luftwaffe bombardierte die irakischen Städte Khanagin, Ali Gharbi, Ali Sharqi und Margasur.

UNO-Generalsekretär Javier Perez de Cuellar richtete an die Regierungen beider Länder Botschaften, in denen er Bedauern über die Escalation der Kampfhandlungen bekundete und beide Seiten dazu aufrief, die Angriffe gegen zivile Objekte einzustellen.

Brutalste Besatzerwillkür

Die israelischen Besatzer verüben entsetzliche Willkürakte in Südlibanon. Mit totalem Terror und blutigen Repressalien suchen sie den mutigen Widerstand der libanesischen Patrioten zu brechen. Sondertrupps durchkämmen mit Panzern und Schützenpanzerwagen die Ortschaften, führen Razzien und Haussuchungen durch. Viele Männer werden in KZ verschleppt. Häuser werden gesprengt, angezündet, abgerissen.

Am 4. März sprengten die Zionisten mit einer Zeitbombe die überfüllte Moschee in Maarakha. Am 8. März verübten israelische Agenten einen Sprengstoffanschlag in Beiruts südlichem Vorort Bir-el-Abd. Auf einem belebten Platz wurde ein mit 200 kg Dynamit gefülltes Auto in die Luft gejagt: 75 Tote, über 250 Verletzte. Am 11. März wurden israelische Panzer und Schützenpanzerwagen zum Sturm auf Zaria eingesetzt, das sich außerhalb der von Israel besetzten Zone, unter der Kontrolle der libanesischen Streitkräfte befindet. Bei dem Blutbad ermordeten die Besatzer 24 Libanesen und verletzten Dutzen-de.

Doch selbst die brutalste Gewalt kann den Willen der Libanesen, die für die vollständige Befreiung ihrer Heimat, für die Vertreibung der Okkupanten kämpfen, nicht brechen.

Das Wettrüsten erhöht nicht allein die Gefahr eines Nuklearkrieges, es lastet immer schwerer auf der Menschheit

ALTERNATIVE DES RAKETENZEITALTERS

Dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut zufolge haben sich die globalen Militärausgaben von Ende der 40er bis Anfang der 80er Jahre ungefähr vervierfacht. Besonders rapide steigen sie im jetzigen Jahrzehnt. Die Ursache ist die Politik Washingtons. Die jetzige US-Regierung, die die Überlegenheit über den Sozialismus anstrebt, türmt ein Rüstungsprogramm auf das andere, treibt den Militäretat in die Höhe und verlangt dasselbe von ihren Bündnispartnern. In den ersten drei Jahren der Regierung Reagan schluckte der Militär-Industrie-Komplex der USA fast 750 Md. Dollar. In den Rechnungsjahren 1984–1989 gedenkt man, für ihn die Riesensumme von fast 2 Billionen bereitzustellen. Vergleichsweise sei gesagt, daß die globalen Militärausgaben 1980 nach Schätzung westlicher Experten über 500 Md. Dollar betrugen.

Eine erschreckende Statistik

Seit einigen Jahrzehnten stellen Politiker, Wissenschaftler und eine breite Öffentlichkeit mit zunehmender Besorgnis fest, daß das Wettrüsten materielle Ressourcen verschlingt, die man dringend brauchen würde, um der Not und wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit von Regionen der nichtsozialistischen Welt zu steuern.

Auf der Erde haben jetzt zwei Milliarden Menschen kein reines Trinkwasser und sind deshalb Infektionskrankheiten ausgesetzt; 1,5 Milliarden werden ärztlich nicht betreut, und 1 Milliarde lebt im äußersten Elend. 800 Millionen Erwachsene sind Analphabeten, und 250 Millionen Kinder können nicht zur Schule gehen. 600 Millionen sind arbeitslos oder haben nur Kurzarbeit, 450 Millionen sind chronisch unterernährt. Selbst die kaltblütigen Experten der UNO mußten zugeben, daß "diese Statistik erschreckend ist".

Viele Berechnungen in wissenschaftlichen und publizistischen Schriften sowie in Dokumenten maßgeblicher internationaler Organi-

sationen beweisen eindeutig, daß die Einstellung des Wettrüstens und der Übergang zur realen Abrüstung entscheidend zur Behebung dieser und anderer sozialer Mißstände beitragen könnte. In einer Schrift heißt es z. B., daß "ein halbes Prozent der jährlichen Militärausgaben zum Ankauf von landwirtschaftlichen Geräten für die Nahrungsmittelproduktion und dafür reichen würde, daß sich die schwächestentwickelten Länder bis 1990 selbst ernähren könnten".

Es erregt auch Besorgnis, daß Entwicklungsländer selbst immer mehr ins Wettrüsten einbezogen werden. Ihre Militärausgaben sind seit Anfang der 70er Jahre ungefähr auf das 2,5fache gestiegen und hatten 1983 113 Md. Dollar (zu den Preisen von 1980) erreicht. Die ungünstige Auswirkung ist unabsehbar. Die Investitionsmöglichkeiten der jungen Nationalstaaten schrumpfen (nach gewissen Angaben verringert dort jeder für die Aufrüstung bereitgestellte Dollar die internen Investitionen um 25 Cent). Der Wirtschaftszuwachs wird gehemmt, die Inflation gesteigert und Ressourcen werden der Lösung akutester sozialer Probleme entzogen.

Aber auch in den kapitalistischen Industrieländern wirkt sich das Wettrüsten auf die Lage der Werktagen aus. Geschehnisse von Anfang der 80er Jahre haben nochmals eindeutig gezeigt, daß die Behauptung falsch ist, das Wettrüsten helfe die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die wirtschaftliche Konjunktur aufrechterhalten.

Beispielsweise haben die herrschenden Kreise des führenden kapitalistischen Landes, der USA, die Sozialprogramme wesentlich gekürzt, um dem gierigen Militär-Industrie-Komplex den Mund zu stopfen und hochfliegende Umrüstungsprojekte zu finanzieren. Zwischen 1981 und 1984 haben die USA ihre Sozialausgaben um 110 Md. Dollar gekürzt und zugleich ihren Militäretat jährlich auf fast 300 Md. erhöht. Für das Rechnungsjahr 1985/86 sind dafür 322,2 Md. Dollar vorgesehen.

Das sind aber noch nicht alle Rekorde der republikanischen Regierung. Die Zahl der Armen ist um 33 Prozent auf 35 Millionen gestiegen. In den USA gibt es jetzt 23 Millionen Analphabeten und 8 Millionen Arbeitslose.

Falsche Behauptungen

Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, daß steigende Militärausgaben die Arbeitslosigkeit anwachsen lassen. In den kapitalistischen Industrieländern sind über 30 Millionen Menschen erwerbslos. Nachweislich entstehen durch die Militäraufwendungen viel weniger Arbeitsplätze als durch gleich hohe im zivilen Bereich. Nach amerikanischen Angaben verschafft



Hunger, Elend, Krankheiten – diese sozialen Mißstände zu beheben, behindert das vom Imperialismus aufgeheizte Wettrüsten

Fotos aus dem "Spiegel" (BRD) und dem Buch "Von wo geht die Gefahr für den Frieden aus" (UdSSR)

1 Md. Dollar für den Bau von B-1-Bombern 22 000 Personen Arbeit. Indessen können durch Kürzung des Militäretats um 1 Md. wegen der eintretenden Verringerung der Einkommensteuern und der hierdurch anwachsenden Konsum-

nachfrage 112 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das Wettrüsten ist eine Hauptursache der galoppierenden Inflation im Westen. Wie sie miteinander zusammenhängen, das ist u. a. von UNO-Experten eingehend untersucht worden. In einem Bericht schrieben sie: "Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß die Erhöhung der Militärausgaben oft von Inflationsprozessen begleitet war, weil sie zur Zunahme des zirkulierenden Geldes ohne entsprechende Steigerung der Warenproduktion führt."

Manche US-Propagandisten suchen die Feststellung, daß sich das Wettrüsten verheerend auf die Wirtschaft auswirkt, zu widerlegen. Sie reden sich z. B. darauf hinaus, daß in ungefähr anderthalb Jahren die Arbeitslosigkeit in den USA etwas abgenommen, die Inflation nachgelassen hat und die wirtschaftliche Zuwachsrate gestiegen ist. Das erklärt sich aber damit, daß dort der ökonomische Zyklus zu diesem Zeitpunkt in seine aufsteigende Phase eintrat. Das ist nur ein Aspekt, und keineswegs der ausschlaggebende. Etwas anderes ist wichtiger: Die Aufstockung der Militärausgaben hat den Fehlbetrag im Staatshaushalt rapide steigen lassen. Er belief sich 1979 auf 27,7 und 1984 auf fast 200 Md. Dollar. Infolge dieser jähnen Steigerung wurden die Zinssätze hochgeschraubt, und das wiederum führte zu einem Hinüberwandern von Kapital aus Westeuropa in die USA.

Gewissenlose Politik

Die überseeischen Manipulationen mit den Zinssätzen lassen auch die Schulden der Entwicklungsländer rasch anwachsen, weil diesen die internationalen Kredite immer teurer zu stehen kommen.

Demnach gibt die in vieler Hinsicht durch die Aufstockung der Streitmacht verursachte Erhöhung der Zinssätze Washington die Möglichkeit, die Aufwendungen dafür auf seine westeuropäischen Partner und auf die dritte Welt abzuwälzen. Diese skrupellose Politik desorganisiert die internationalen Währungs- und Finanzbeziehungen.

Die massenhafte Verwendung von Ressourcen für militärische Zwecke wirkt sich nicht nur auf die soziale und ökonomische Lage jedes einzelnen westlichen Landes, sondern auch auf die Gesamtlage in der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Die

wirtschaftlichen Zuwachsaten sinken, der internationale Handel wird gehemmt. Davon zeugen neben Forschungen marxistischer Wissenschaftler auch Angaben bürgerlicher Experten. So z. B. hat eine Gruppe namhafter japanischer Wirtschaftsexperten im Sommer 1983 mit Hilfe einer EDV-Anlage gefundene Alternativen für die Entwicklung der Weltwirtschaft publiziert. Sie haben u. a. untersucht, wie sich eine Kürzung der Militärausgaben darauf auswirken würde. Wenn die kapitalistischen Industrieländer ihre Militäretats für 1983–1985 auch nur um 10% gekürzt hätten, dann wäre die Zuwachsrate der Weltwirtschaft jährlich um 0,9% gestiegen, und der Welthandel hätte im Jahr um 120 Md. Dollar zugenommen. Die Zuwachsrate in den Entwicklungsländern hätte sich verdoppelt.

Globale Probleme

Schon längst ist erkannt worden, daß das Wettrüsten der Menschheit die Lösung aktueller Aufgaben unmöglich macht und ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung hemmt. Diese ungelösten Aufgaben selbst hat man aber nicht als Ursachen der Krisen angesehen, die dazu angetan sind, die Produktivkräfte der Gesellschaft schrumpfen zu lassen.

Anders ist es jetzt. Man ist sich darüber klar geworden, daß die Zivilisation mit Problemen einer neuen Art konfrontiert ist. Viel schwerer ist es z. B. geworden, die materielle Produktion mit Rohstoffen und Energie zu versorgen. Die Zerstörung der Umwelt nimmt gefährliche Dimensionen an. Das globale Ernährungsproblem ist wesentlich brennender geworden.

Natürlich äußern sich diese Probleme in den verschiedenen Weltregionen unterschiedlich. Sehr verschieden sind im Sozialismus und im Kapitalismus auch die Möglichkeiten zu ihrer Lösung. Doch das Weltsystem der wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Verbindungen und Beziehungen macht sie zu einem ausgesprochen globalen Faktor, der sich auf die Entwicklung der gesamten Menschheit auswirkt. Schiebt man die Lösung dieser Probleme auf die lange Bank, so wird das für die jetzige Generation und besonders für die kommenden Geschlechter verheerende, womöglich sogar nicht wiedergutzumachende Folgen haben.

Eins der größten Hindernisse für die Lösung der globalen Probleme ist das Wettrüsten. Streitkräfte und Rüstungsindustrie verbrauchen viel von den sich nicht regenerierenden natürlichen Ressourcen. In den USA werden für militärische Zwecke zwischen 11 und 14% des Aluminiums, Bleis, Kupfers und Zinks und über 40% des Titans verbraucht. Die Streitkräfte verbrauchen jährlich ca. 700–750 Mio Barrel Erdöl, das sind ca. 3,5% des globalen Verbrauchs.

Das Wettrüsten ist eine Hauptursache der Umweltverschmutzung und -zerstörung. Besonders gefährlich sind die Erzeugung und das Testen der nuklearen und chemischen Waffen. Zwischen 1954 und 1975 machten die flüssigen radioaktiven Abfälle, die in einem Stadium der Erzeugung von Nuklearmunition anfallen, in den USA über 80% aller derartigen umweltfeindlichen Stoffe aus.

Zusammenfassend möchten wir sagen, daß für die Lösung dieser globalen Probleme enorme, den globalen Militärausgaben vergleichbare Aufwendungen notwendig sind.

Die UdSSR und ihre Bündnispartner regen schon lange an, die Militäretats zu kürzen und mit einem Teil der freigewordenen Mittel die Entwicklungsländer zu unterstützen. Dagegen sträuben sich jedoch die westlichen, namentlich die NATO-Staaten. Das Streben ihrer herrschenden Kreise nach militärischer Überlegenheit hat zu einem beispiellosen Anschwellen der Militärausgaben geführt. Allein zwischen 1977 und 1983 sind die Militärausgaben der NATO-Staaten fast um 30% gestiegen.

Dabei bleibt ja für die Lösung der globalen Probleme immer weniger Zeit. Bestenfalls noch Jahrzehnte. Eigentlich steht die Menschheit schon heute vor der Alternative, entweder das Wettrüsten fortzusetzen oder gemeinsam energisch auf die Verhütung einer globalen Krise hinzuwirken, wie sie sie noch nie erlebt hat. Besondere Tragweite haben unter diesen Umständen die neulich eröffneten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf. Sie bieten eine, wenn auch entfernte und mit einem großen Müheaufwand verbundene Möglichkeit, die Menschheit von der drückenden Last des Wettrüstens zu befreien.

L. KAPIZA,
J. FJODOROW

Sowjetisch-amerikanische Diskussionen über die wichtigsten Fragen der internationalen Sicherheit

MISSION GUTEN WILLENS

In den ersten März-Tagen stattete eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter Wladimir Stscherbizki, Mitglied des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP der Ukraine, den USA einen Besuch ab. Die sowjetischen Parlamentarier folgten einer Einladung des Repräsentantenhauses des US-Kongresses.

Bei einer Reise durch das Land fanden Diskussionen, Begegnungen und Gespräche mit Kongreßabgeordneten, Geschäftsmännern, Wissenschaftlern und Journalisten statt. Der sowjetische Delegationsleiter Wladimir Stscherbizki wurde von US-Präsident Ronald Reagan empfangen.

Der Besuch fand unmittelbar vor der Aufnahme der neuen sowjetisch-amerika-

nischen Verhandlungen in Genf statt. Und das verlieh dem Meinungsaustausch über Wege zur Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, zur Gesundung der internationalen Lage besondere Bedeutung. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stand der Komplex von Fragen, die unmittelbar mit den Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen zusammenhängen.

Die Kontakte der sowjetischen Parlamentarier mit Kongreßabgeordneten (in den vergangenen elf Jahren trafen sie zum sechsten Mal zusammen) sind nicht allen recht. Sind ja gewisse Leute in Washington daran interessiert, daß die sowjetische Haltung zu verschiedenen Aspekten der Weltlage, vor allem zu den Schlüsselfragen des Rüstungsabbaus und der Abrüstung, den Amerikanern

verzerrt dargestellt wird. Gewisse Leute möchten nur zu gern vor den US-Wählern die UdSSR als Aggressor hinstellen, um mit derartigen Desinformationen weitere Runden des Wettrüstens zu rechtfertigen. Und obgleich, wie der stellvertretende Führer der demokratischen Mehrheit im Repräsentantenhaus, Thomas Foley, betonte, die Diskussionen zeitweise schwierig waren, so wurden sie doch von einem "Geist der Aufrichtigkeit und der Offenheit" charakterisiert.

Die amerikanischen Parlamentarier und die Öffentlichkeit konnten aus erster Hand, von den Abgeordneten des Sowjetvolkes, Informationen über die wahren Absichten der UdSSR erhalten. "Die Sowjetunion bietet den USA wie allen anderen Ländern Frieden und nur Frieden an", erklärte Wladimir Stscherbizki bei den Diskussionen auf dem Kapitol. "Wir sind uns natürlich bewußt", betonte er, "daß es zwischen uns ernsthafte Meinungsunterschiede gibt. Indes glauben wir, daß Abkommen erreichbar sind. Historische Erfahrungen bekräftigen das."

Zugleich unterstrich der sowjetische Delegationsleiter, daß das, was die

UdSSR--JUGOSLAWIEN

Die für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit vertiefen

AUF BEWÄHRTER GRUNDLAGE

Enge traditionelle Freundschaftsbande bestehen zwischen der Sowjetunion und Jugoslawien. Der offizielle SFRJ-Besuch des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Ministerrates der RSFSR, Vitali Worotnikow, hat zu deren weiterer Festigung beigetragen. Der Besuch fand auf Einladung der Regierungen der Sozialistischen Republiken Serbien und Montenegro statt.

In Belgrad hatte Vitali Worotnikow Gespräche mit der serbischen Führung, bei denen die Entwicklung der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen, der Beitrag der RSFSR und der SR Serbien zum Ausbau und zur Vertiefung der vielseitigen Zusammenarbeit hoch eingeschätzt wurden.

Vitali Worotnikow besuchte die Belgrader Schuhfabrik, das größte Agrokombinat "Beograd" und informierte sich über die Arbeit von "Energoprojekt". Alle diese Betriebe arbeiten eng mit sowjetischen Partnern zusammen. Sie exportieren ihre Erzeugnisse in die UdSSR und führen gemeinsam mit sowjetischen Partnern Projektierungs- und Forschungsarbeiten durch.

Der sowjetische Gast unternahm eine Fahrt in das Zentrum der jugoslawischen Automobilbauer, nach Kragujevac. Dort befindet sich die Produktionsvereinigung "Crvena Zastava", von deren Fließbändern die beliebtesten PKWs des Landes rollen. Die Belegschaft dieser Vereini-

gung pflegt die Kooperation und Spezialisierung mit sowjetischen Partnerbetrieben.

In einer anderen serbischen Kleinstadt, in Trstenik, besuchte Vitali Worotnikow das Maschinenbaukombinat "Prva petoletka", das bereits viele Jahre als Zulieferer der Bremsausrüstung erfolgreich mit dem Automobilwerk an der Kama zusammenarbeitet. Die sowjetischen Aufträge, sagten die Leiter von "Prva petoletka", garantieren dem Kombinat eine beständige Auslastung.

Herzlich waren die Begegnungen auch in Montenegro, der kleinsten jugoslawischen Republik. Symbol der sowjetisch-jugoslawischen Freundschaft in Montenegro sind mit sowjetischer Hilfe errichtete Kombinate der Eisen- und der NE-Metallurgie, Kraftwerke und Betriebe der extractiven Industrie.

In Gesprächen mit der Führung Montenegros sprachen sich beide Seiten für einen Ausbau der Zusammenarbeit RSFSR-Montenegro aus.

In Belgrad traf der sowjetische Gast mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des BdKJ, Ali Sukrija, zusammen. In dem

amerikanische Seite in den letzten Jahren im militärischen Bereich tut, von der Sowjetunion ganz klar gesehen wird. Es ist der Versuch, entscheidende militärische Überlegenheit zu erreichen und die USA in eine Lage zu versetzen, die ihnen einen — wie sie hoffen, ungestraften — nuklearen Erstschlag ermöglichen. Wladimir Stscherbizki verwies dabei auf die "Strategische Verteidigungsinitiative". Die UdSSR, sagte er, wendet sich entschieden gegen die Pläne der Ausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum — und das keineswegs, weil sie dem nichts entgegenzusetzen hätte. Eine Verwirklichung dieser Pläne würde den Prozeß der Begrenzung und Reduzierung der Rüstungen untergraben. Sie würde all das Positive, was in den 70er Jahren erreicht wurde, zunichte machen.

"Wir wollen Verhandlungen nicht um der Verhandlungen willen", betonte Wladimir Stscherbizki. "Sie dürfen kein Deckmantel für eine Fortsetzung des Wettrüstens sein. Die sowjetische Delegation in Genf hat klare Anweisungen erhalten, ein Abkommen über den Komplex der Weltraum- und Nuklearwaffen anzustreben. Wir erwarten, daß sich die USA bei der Suche nach einer beiderseitig annehmbaren Vereinbarung uns anschließen werden."

Solche Klarheit in der Darlegung der sowjetischen Haltung erschreckt die Geg-

ner der Verständigung zwischen beiden Ländern, jene, die die Feindseligkeit in den Beziehungen UdSSR—USA als normal hinstellen. "Die Sowjetunion tritt für gleichberechtigte und möglichst gute Beziehungen zu Ihrem Land ein, sie wünscht Vereinbarungen mit den USA zu einem weiten Fragenkreis", betonte Wladimir Stscherbizki. Diese Position Moskaus entspricht den Stimmungen der meisten Amerikaner. Die Ergebnisse einer kürzlichen Meinungsumfrage der Vereinigung für Außenpolitik zeugen davon, daß nur 3 Prozent der Amerikaner in den Beziehungen zur UdSSR der verstärkten Aufrüstung die Priorität einräumen und die Interessen beider Länder als völlig unvereinbar ansehen.

Der Besuch der sowjetischen Parlamentariergruppe kann eine sehr positive Rolle in den Beziehungen USA—UdSSR spielen, betonte der Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas O'Neill.

Die Sowjetunion hat ihre Treue zu einem solchen Kurs wiederholt bewiesen. Die Völker beider Länder und der ganzen Welt sind daran interessiert, daß der Optimismus dieses Veteranen des US-Kongresses durch die entsprechenden Schritte seitens der Administration untermauert wird.

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York

freundschaftlichen Gespräch wurden Fragen der Entwicklung der Beziehungen KPdSU—BdKJ, UdSSR—SFRJ berührt. Die Gesprächsteilnehmer widmeten auch aktuellen internationalen Fragen Aufmerksamkeit. Vitali Worotnikow und Ali Sukrija konstatierten die Bereitschaft beider Parteien und Länder, die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen entsprechend den in den gemeinsamen Dokumenten festgehaltenen Prinzipien auch in Zukunft weiterzuentwickeln. In diesem Zusammenhang wurde die große Bedeutung persönlicher Begegnungen und des Meinungsaustausches zwischen führenden Vertretern der KPdSU und des BdKJ unterstrichen.

Unsere Freundschaft, erklärte der Gast aus der Sowjetunion in einem Interview für Rundfunk und Fernsehen Jugoslawiens, hat eine historische Dimension. Die sowjetisch-jugoslawischen Geschäftskontakte sind frei von jeglichen temporären Erschütterungen. Sie gründen sich auf die Prinzipien des gegenseitigen Vorteils und der Gleichberechtigung. Die Sowjetunion ist lange Jahre größter Außenhandelspartner Jugoslawiens. Vitali Worotnikow betonte, daß bei den Begegnungen

mit dem Vorsitzenden des Präsidiums des ZK des BdKJ, Ali Sukrija, mit der Führung Serbiens und Montenegros beiderseitige Genugtuung bekundet wurde über den Stand der Zusammenarbeit KPdSU—BdKJ, UdSSR—SFRJ, gegründet auf den gemeinsam bekräftigten Prinzipien der Belgrader Deklaration und der Moskauer Erklärung, auf anderen auf hoher Ebene angenommenen Dokumenten.

Anläßlich des bevorstehenden 40. Jahrestages des Sieges über Hitlerdeutschland unterstrich Vitali Worotnikow in dem Interview, daß das Sowjetvolk den Beitrag Jugoslawiens zur Zerschlagung des Faschismus hoch einschätzt. Während des ganzen Krieges kämpften die Armeen und Völker unserer Länder heldenhaft für die Freiheit und zahlten dafür einen hohen Preis. In diesem gemeinsamen Kampf gegen den Feind erstarkte die traditionelle sowjetisch-jugoslawische Freundschaft.

Bei dem Besuch wurden Kooperationsprogramme RSFSR—SR Serbien und RSFSR—SR Montenegro für 1985—1987 unterzeichnet.

L. CHARKOW
NZ-Korrespondent

Belgrad

UdSSR—FRANKREICH

POSITIVE BILANZ

Die derzeitige Weltlage verlangt eine intensivere Zusammenarbeit verschiedener Länder, die sich ihrer Verantwortung für die Nachkriegsordnung in Europa, für den Weltfrieden bewußt sind. Das wurde erneut beim UdSSR-Besuch des Außenministers Frankreichs, Roland Dumas, bei seinen Gesprächen mit Andrej Gromyko und Nikolai Tichonow deutlich.

Der sowjetisch-französische Dialog ist traditionell darauf gerichtet, eine Lösung für die wichtigsten internationalen Probleme zu finden. Und da der Ministerbesuch mit dem Beginn der neuen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen zusammenfiel, standen die Fragen der Verhinderung der Militarisierung des Weltraums und der tatsächlichen Reduzierung der vorhandenen Waffen natürlich im Mittelpunkt der Gespräche. Sowjetischerseits wurde dabei betont, daß es, um das Wettrüsten auf der Erde zu stoppen, erforderlich ist, dessen Ausweitung auf den Weltraum zu verhindern. Die UdSSR und Frankreich haben nicht geringe Erfahrungen bei der gemeinsamen Erforschung des Weltraums. In die gleiche Richtung gehen auch Erklärungen der sowjetischen und der französischen Führung über die Gefahr der Ausweitung des Wettrüstens in den erdnahen Raum. Die Gespräche bekräftigten die Nähe der diesbezüglichen Positionen beider Länder.

Die Sicherheit in Europa und in der ganzen Welt hängt vom nuklearen Ost-West-Gleichgewicht ab. Frankreich ist durch gewisse Verpflichtungen an die NATO gebunden, und deshalb ist es verständlich, daß sowjetischerseits erneut die Notwendigkeit bekräftigt wurde, die französischen ebenso wie die britischen Nuklearkräfte zu berücksichtigen. Diese Frage darf nicht erneut zu einem Hindernis bei der Erreichung einer Vereinbarung in Genf werden.

Die Sowjetunion und Frankreich standen am Beginn des gesamteuropäischen Prozesses. Es ist wichtig, daß auch heute zwischen ihnen Einvernehmen darüber besteht, der Stockholmer Konferenz konstruktiven Charakter zu geben und die Annahme von Vereinbarungen zu so bedeutsamen politischen Fragen zu fördern wie ein beiderseitiger Gewaltverzicht sowie im Bereich der eigentlichen militärischen Entspannung.

Die Moskauer Gespräche gaben der bilateralen sowjetisch-französischen Zusammenarbeit in vielen Bereichen, darunter in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, einen neuen Impuls.

Der Besuch des französischen Außenministers in Moskau hat gezeigt, daß die UdSSR und Frankreich trotz aller Unterschiede in Gesellschaftsordnung und Ideologie zur Festigung des Friedens und der Zusammenarbeit in Europa und in der ganzen Welt zusammenwirken können und müssen. Die Bilanz der Beziehungen zwischen unseren Ländern ist positiv.

S. BORISSOW

UNENTWEGT VORAN

Ende Februar hat eine UNO-Vollversammlung in — Delhi getagt. Darüber soll man sich nicht wundern. Sie hat ihren herkömmlichen Tagungsort auf Bemühen der Studenten mehrerer dortiger Colleges gewechselt. In einer Aula inszenierten sie das internationale Forum und verteilten untereinander die Rollen der Repräsentanten der UNO-Mitgliedsländer. Das Thema waren die Kardinalfragen des Friedenskampfes. In dieser Initiative der Veranstalter äußerte sich der Haupttrend der Außenpolitik Indiens, das jetzt der Bewegung der Nichtpaktgebundenen vorsteht.

Den Vorsitz übernahm Indien vor zwei Jahren auf dem 7. Gipfel der nichtpaktgebundenen Länder. Er war der repräsentativste, seitdem die Bewegung besteht. Jetzt hat sie 101 Teilnehmer einschließlich einiger nationaler Befreiungsbewegungen.

In einer in Delhi angenommenen politischen Erklärung antiimperialistischen Sinnes ist betont, daß es für

die Menschheit im Nuklearzeitalter das wichtigste ist, zu überleben. Der Weltfrieden und die internationale Sicherheit könnten nur bei einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung, in erster Linie einer nuklearen, gewährleistet werden.

"Seitdem Indien in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen die Führung übernommen hat, kämpft es noch energischer für den Frieden", sagte Rajiv Gandhi im Sommer 1983 in Moskau. Als er am 31. Oktober v. J. zum indischen Regierungschef gewählt wurde, übernahm er gleichzeitig in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen die Obliegenheiten des Vorsitzenden.

Schon bei den Zusammenkünften der Staatschefs der nichtpaktgebundenen und anderen Länder, die zur Beisetzung Indira Gandhis nach Delhi kamen, erklärte der neue Ministerpräsident, er sei fest entschlossen, die Einheit dieser Bewegung, vor allem im Friedenskampf, zu

festigen. Bestimmend schon für die ersten Schritte Rajiv Gandhis als Vorsitzender der Bewegung war die Sorge für den Frieden und das Wohlergehen der Länder in der dritten Welt. Er äußerte Besorgnis über die gefährliche Situation, die aus Verschulden der USA rings um Nikaragua entstanden ist, gab seine Absicht bekannt, gemeinsam mit den anderen nichtpaktgebundenen Ländern ein Programm der Soforthilfe an Äthiopien aufzustellen, das sich in einer schwierigen Ernährungslage befindet, und in einer Botschaft an die Staatschefs der nichtpaktgebundenen Länder schrieb er alarmiert über das Wettrüsten und forderte sie auf, energisch dagegen vorzugehen.

Im vergangenen Januar tagte auf Rajiv Gandhis Initiative in Delhi ein Gipfel Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Tansanias und Schwedens. Die Teilnehmer, die fast eine Milliarde Bewohner der Erde repräsentierten, nahmen entschieden dafür Stellung, daß die Produktion und die Aufstellung kosmischer Waffen wie auch die einschlägigen Forschungen verboten werden; ebenso für ein sofortiges Verbot der Kernwaffentests und der darauffolgenden restlosen Vernichtung dieser Waffen.

GRENADA

UNTER DEM MILITÄRSTIEFEL

Vor sechs Jahren, in der Nacht zum 13. März 1979, wurde auf Grenada das korrupte Regime der proamerikanischen Marionette Eric Gairy gestürzt.

Es war die erste siegreiche Revolution in einem englischsprachigen Land der westlichen Hemisphäre. Die Bevölkerung feierte sie begeistert. Führende Kraft des Freiheitskampfes auf Grenada war die Partei Neue JEWEL-Bewegung ("Gemeinsames Streben nach Wohlfahrt, Erziehung und Befreiung") unter dem jungen Rechtsanwalt Maurice Bishop.

Die Zeit nach dem Sieg der antiimperialistischen Revolution auf Grenada bis hin zur brutalen US-Invasion — an die vier Jahre — sind geschichtlich ein sehr kleiner Zeitraum. Doch wie inhaltsreich waren diese Jahre! Das erste Jahr der Revolution wurde von den Grenadern "Jahr der Befreiung" genannt, das zweite — "Jahr der Bildung und der Produktion", das dritte — "Jahr der Landwirtschaft". So wurden die Anstrengungen der Inselbe-

wohner auf die Lösung der Hauptziele der Revolution orientiert.

Grenada überholte alle anderen Länder der Karibik und auch Mittelamerikas, außer Kuba, in seinem wirtschaftlichen Entwicklungstempo. Besondere Aufmerksamkeit galt dem staatlichen Sektor, der sich auf planmäßiger Grundlage entwickelte. Eine Nationalbank wurde gegründet, das Fischereiwesen organisiert. Eine staatliche Tourismusbehörde übernahm die Leitung der Hotels.

Viel geschah für die Agrarproduktion. Den in den Dörfern dominierenden Klein- und Mittelbauern wurde geholfen. Eine Farmervereinigung wurde gegründet, der Staat preiswert Technik und Dünger überließ. Landstraßen wurden gebaut. Die Agrarreform förderte Genossenschaften auf brachliegenden Böden.

Doch wohl am beeindruckendsten waren die Erfolge im Bildungsbereich. Während früher jeder zweite Grenader schreibunkundig war, wurde schon bald

mit Hilfe von freiwilligen Studenten das Analphabetentum fast vollständig beseitigt. Alle Kinder zwischen sechs und zwölf Jahren begannen die Schule zu besuchen. Grund- und Mittelschulbildung wurden kostenlos. Die Schüler erhielten ebenfalls kostenlos Lehrbücher und Schuluniform.

Nicht wenig geschah, um das Lebensniveau der Bevölkerung zu heben. Eine Preiskontrolle bei Massenkonsumgütern wurde festgelegt. Die Verwirklichung eines für das kleine Grenada beeindruckenden Wohnungsbauprogramms wurde in Angriff genommen, die Arbeitslosigkeit konnte auf ein Viertel gesenkt werden. Die Regierung stellte von Jahr zu Jahr mehr Mittel für die Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftszweige bereit.

Unschätzbar groß war die revolutionierende Bedeutung, die die Umgestaltungen auf Grenada für die anderen Länder der Karibik und Mittelamerikas hatten. Die sozialökonomischen Errungenschaften Grenadas standen in starkem Kontrast zur ärmlichen Lage der Werktätigen in diesen Ländern, und die in aller Welt anerkannte



Delhi, im März 1983. Im Präsidium der 7. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen Staaten

Foto: Presse und Informationsbüro der indischen Regierung

Der 7. Gipfel der Nichtpaktgebundenen forderte nicht nur gerechte Beziehungen zwischen den kapitalistischen Industriestaaten und den jungen Ländern. Er trat dafür ein, daß die Zusammenarbeit der Entwicklungsländer selbst in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik intensiviert wird. Im Rahmen der Ausführung dieses Programms haben die Vertreter der nichtpaktgebunde-

nen Staaten bei der UNO im Februar d. J. die Gründung einer wissenschaftlichen und technologischen Zentrale für Wirtschaftshilfe an einzelne Länder vereinbart, die ihren Sitz in Delhi haben soll. Sie soll die jungen Staaten wirtschaftlich vom Westen unabhängiger machen.

Alle Schritte Delhis als Führer der Bewegung der Nichtpaktgebundenen fußen auf Indiens Einstellung zu den wichtigsten Gegenwartsfragen. Mit der Ausübung seiner neuen außenpolitischen Funktionen setzt Indien in immer größerem Umfang die Politik fort, dank der es schon lange zu hohem internationalem Ansehen gelangt ist. Den müßigen Ansinnen der imperialistischen Kreise im Zusammenhang mit dem Führungswechsel in Indien ist der Boden entzogen. Nach der Logik Washingtons müßte die von Rajiv Gandhi angesagte Einstellung auf eine Modernisierung des Landes dieses den USA näherbringen, seiner Politik die antiimperialistische Ausrichtung nehmen. Wie aber der der Regierung nahestehende "National Herald" konstatiert, haben die Inder eine Modernisierung niemals mit der Souveränität ihres Landes bezahlt.

Dennoch ist die verkehrte Logik Washingtons noch immer für seine Absichten mit Indien bestimmend. In hiesigen wohlinformierten Kreisen ist

bekannt geworden, daß das Weiße Haus die Absicht hat, Rajiv Gandhi, wenn er die USA besucht, im Hinblick auf einen weiten Fragenkreis zu einem Stellungswechsel zu veranlassen, wofür Washington einige Aspekte seiner Politik, gegen die Delhi auftritt, zu "modifizieren" verspricht. Genannt wird u. a. der "Wunsch" Washingtons, Indien solle seine realpolitische Einstellung zur Situation rings um Afghanistan abschwören. Bei solchen Ansinnen klang eine Äußerung Rajiv Gandhis in einem kürzlichen Interview für die "Los Angeles Times", daß man in Indien über die Nachricht besorgt sei, daß die USA die afghanischen Konterrevolutionäre großpappeln, wie eine glatte Absage.

Seit dem 7. Gipfel der Nichtpaktgebundenen in Delhi sind zwei Jahre vergangen. In seiner politischen Erklärung hat er betont, daß der Sinn der Politik der Nichtpaktgebundenheit im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid und Rassismus bestanden hat. Der "National Herald" schrieb über die Einstellung Indiens zu diesen Axiomen, seitdem das Gipfeltreffen die Hälfte seines Staffellaufs zurückgelegt habe, sei ein Wechsel des Manns am Steuer, nicht aber der Politik eingetreten.

L. SHEGALOW
NZ-Korrespondent
Delhi, im März

unabhängige Politik der Regierung Bishop machte die zunehmende Abhängigkeit dieser Staaten von den USA noch deutlicher. Viele Besucher der Insel fragten unwillkürlich: "Wenn all das auf Grenada möglich wurde, warum geht das nicht bei uns?"

Im Vorbild Grenadas sah das Weiße Haus "subversive Handlungen" und einen "Export der Revolution" in die gesamte Karibik, die die USA als ihren "Hinterhof" betrachten.

Nach dem Überfall der US-Truppen auf Grenada im Oktober 1983 wurde der progressive Weg dieses Landes jäh unterbrochen. Von den sozialökonomischen Errungenschaften blieb keine Spur. Die kostenlose medizinische Betreuung wurde beseitigt. Die Erwachsenenbildung, die unter Bishop eingeführt worden war, wurde eingestellt. Die kostenlosen Lehrbücher wurden nur deshalb vernichtet, weil sie in Havanna gedruckt waren. Ökonomisch wurde die Insel schnell zu einer faktischen Kolonie der USA. Die US-Okkupanten vernichteten schlagartig den staatlichen Sektor: Hotels, Banken und Betriebe, darunter die

mit kubanischer Hilfe errichtete Fischverarbeitungsfabrik — alles rissen sich amerikanische und grenadische "Investoren" unter den Nagel. Die Farmen, deren Leitung unter der Regierung Bishop von Bauerngenossenschaften übernommen wurde, gingen an ihre früheren Besitzer zurück. Über die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung ist ohne Arbeit.

Eine ganz bestimmte Rolle wird Grenada auch in den militärstrategischen Plänen der USA zugewiesen. Washington baut auf der Insel seine Militärstützpunkte und andere Pentagon-Einrichtungen aus. Der internationale Zivilflughafen, mit Hilfe Kubas gebaut, wurde ein US-Luftstützpunkt.

Um den von den Besatzern auf Grenada hergestellten Verhältnissen ein "demokratisches" Mäntelchen umzuhängen, wurde im Dezember 1984 eine Wahlfarce inszeniert. Dabei "siegte" die im Schnellverfahren geschaffene Neue Nationalpartei, auf die das Weiße Haus setzte. Ihr Führer, Herbert Blaize, wurde Premierminister. Tausende von Anhängern der von den Interventen unterdrückten Neuen JEWEL-Bewegung, die sich um die Patrio-

tische Bewegung Maurice Bishop scharten, wurden aus den Wählerlisten gestrichen. Die erste Amtshandlung von Marionettenpremier Blaize war eine offizielle Erklärung mit der Bitte, die Präsenz der ausländischen Truppen auf Grenada für unbestimmte Zeit zu verlängern.

Tragisch ist das Schicksal des kleinen Grenada "dank" den US-Imperialisten, die in himmelschreiender Verletzung der UNO-Charta und der Grundnormen des Völkerrechts die Freiheit der Inselrepublik zertrampelten. Doch man kann gewiß sein, daß alle Versuche der Besatzer und ihrer Helfershelfer, die jungen Triebe der grenadischen Revolution mit der Wurzel herauszureißen und die Grenader die Errungenschaften vergessen zu machen, die die revolutionär-demokratische Regierung Bishop vor sechs Jahren für sie einleitete, ergebnislos bleiben werden. Das Andenken an den Freiheitskämpfer Maurice Bishop, der den imperialistischen Kreisen der USA so verhaßt war, der Geist der grenadischen Revolution lebt und wird in den Herzen der Grenader weiterleben.

A. WLADIMIROV

STARTPLATZ AGGRESSION

"Rufen Sie zum Sturz der Sandinisten auf!" fragten unlängst Journalisten Reagan. Er antwortete: "Nicht, wenn die jetzige Regierung eine Wende ausführt und um gut Wetter bittet." Und wenn nicht?

Dann will Washington offenbar die Streitkräfte einsetzen, die auf untenstehender, der portugiesischen Zeitung "Avante!" entnommener schematischen Darstellung vermerkt sind. Jedes Zeichen und jede Linie ist ein Element der weit verzweigten Infrastruktur der Aggression, einer ihrer

Schwerpunkte. Bei jeder von Washington provozierten Spannung werden im Pentagon und im Hauptquartier der CIA in Langley sowie in einem im Kellergeschoß des Weißen Hauses versteckten "Situationsraum" nicht mehr schematische Darstellungen, sondern Karten großen Maßstabs durchstudiert. Danach erscheinen auf diesen zahlreiche neue Zeichen und Linien, und diese nehmen in Militärobjekten, Rüstungstransporten und Truppenteilen Gestalt an. Die Inseln und Gewässer der Karibik

sowie die mittelamerikanischen Republiken verwandeln sich in ein riesiges Aufmarschgebiet zur Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung in Mittelamerika und auf dem ganzen Kontinent.

Für die Realisierung dieses Schemas gibt es in den Pentagon-Archiven einige schon erprobte Szenarios: das guatemaikanische, nach dem 1954 von Honduras und vom Nikaragua Somoza aus die Intervention gegen Guatemala gestartet sowie die blutige Diktatur des Castillo Armas

eingesetzt wurde; das dominikanische, nach dem die Dominikanische Republik 1965 im nachträglichen "Auftrag" der OAS besetzt wurde; das grenadische, das klassische Beispiel einer als "gemeinschaftliche Aktion" aufgemachten Invasion der USA.

Bemüht, der sandinistischen Revolution um jeden Preis ein Ende zu machen, hat die US-Regierung schon Pläne für den Einfall in Nikaragua aufgestellt. Ebenso einen detaillierten Kostenanschlag, der die mit Computern errechneten jeweiligen Verluste der USA an Menschen und Material enthält. Am 22. Februar sagte Reagan auf einer Pressekonferenz im



Weissen Haus, er wolle mit seiner Politik die Ausbootung der Regierung Nikaraguas erreichen.

Vorläufig werden immer neue Truppenteile nach Honduras verlegt. Die Marinemanöver der USA an der Pazifikküste Nikaraguas nehmen kein Ende. Immer vehementer gehen die Söldner der CIA — die Contras — vor. Trotz der Einwände im US-Kongreß bekommen sie weiter Waffen, Monturen und Geld.

Ins Augenmerk der Pentagongenerale rückt immer mehr El Salvador. Dessen Strafkommandos, die das eigene Volk bekriegen, werden mit modernsten Waffen versorgt. Auch wird Honduras als Aufmarschgebiet benutzt. Man

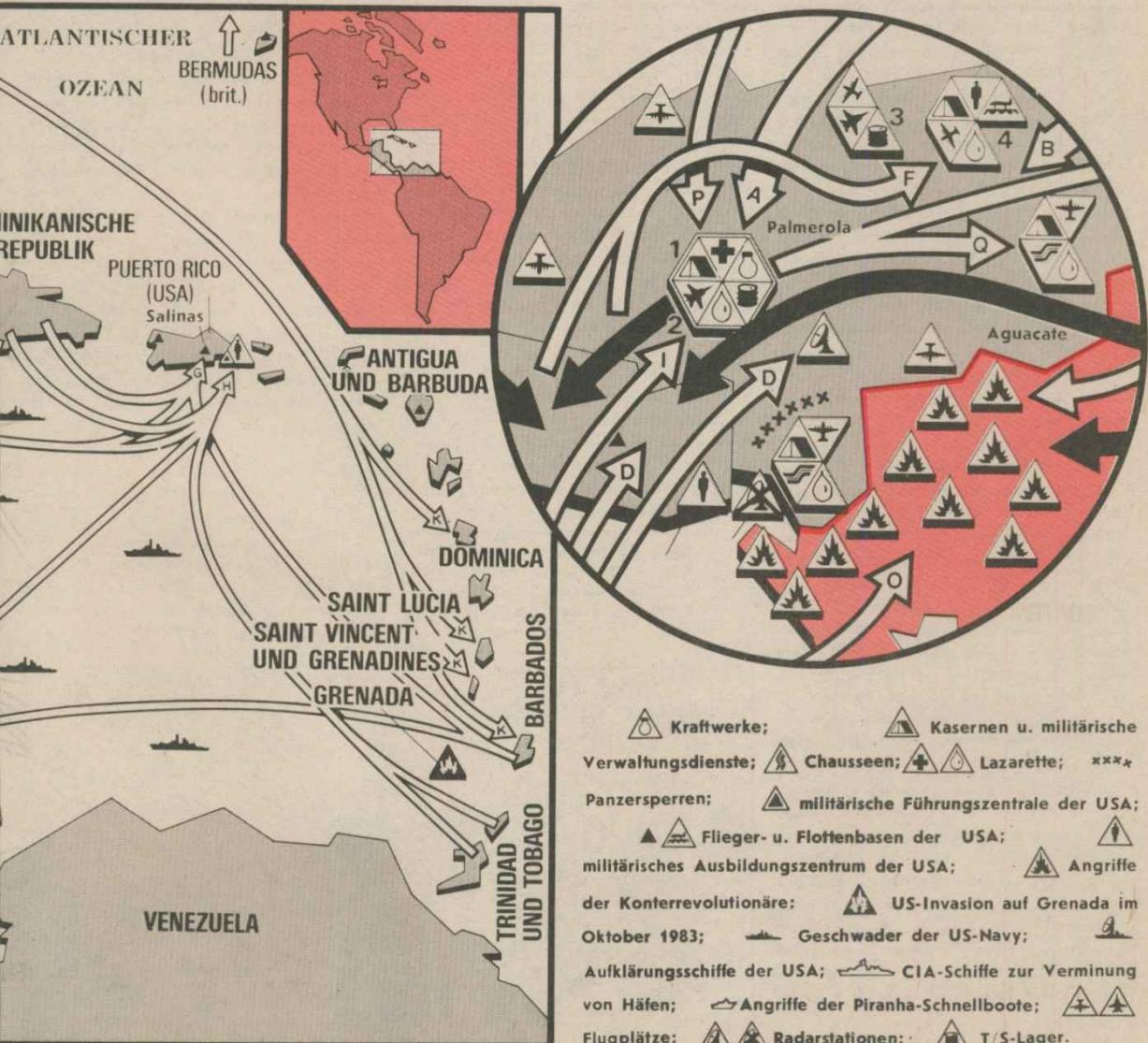
baut Stützpunkte, Flugplätze, Magazine und Lazarette. Ein neues Fernmeldesystem ist in Betrieb genommen worden. Zugleich werden Söldner nach Kostarika geschickt, wo Flugplätze gebaut werden.

In Washington spricht man viel von einer Politik "guter Nachbarschaft" Lateinamerika gegenüber. Ebenso von dem Bestreben, in der ganzen Welt für "Demokratie" zu sorgen. Die Geschehnisse in Mittelamerika und in der Karibik zeugen davon, daß diese Beteuerungen nur die internationale Raubpolitik und Militärgewalt bemängeln sollen, mit deren Hilfe Washington versucht, das unaufhaltsame Anwachsen der nationalen Befreiungsbewegung zum Stillstand zu bringen.

A. BARYSCHEW

US-TRUPPEN MIT NACHSCHUBLINIEN

A: 1500 US-Militärs von den Luftwaffenstützpunkten in MacDill und Palmerola (Honduras); **B:** US-Militärs in Honduras; **C:** an Manövern beteiligte US-Truppen und -Schiffe; **D:** Waffen- und Munitionslieferungen von Stützpunkten in Panama nach Honduras und El Salvador; **E:** Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in Militärschulen der USA in der Zone des Panamakanals; **F:** Militärs von El Salvador und Honduras in einer regionalen Ausbildungszentrale in Honduras; **G:** Militärs karibischer Länder, die in Salinas (Puerto Rico) ausgebildet werden; **H:** Militärs mittelamerikanischer und karibischer Länder in der Polizeischule der FBI in Puerto Rico; **I:** auf Panama gestützte US-Sondertruppen; **J:** 150 GIs von den Sondertruppen auf dem Stützpunkt Fort Bragg für Honduras; **K:** US-Sondertruppen für die karibischen Länder; **L:** Flüge von OV-1-MOHAWKS-Maschinen vom Stützpunkt Palmerola (Honduras) über El Salvador; **M:** Flüge von AC-130-Maschinen vom Stützpunkt Howard Field (Panama) über El Salvador und Nikaragua; **N:** Flüge von AWACS-Maschinen aus den USA über El Salvador; **O:** Nachschub für die Contras durch Kanäle der CIA aus Illopango in El Salvador; **P, Q, R:** aus den USA, von Stützpunkten in Palmerola, in Aguacate und Puerto Lempira in Honduras; **S:** aus Kostarika.



▲ Kraftwerke; ▲ Kasernen u. militärische
 Verwaltungsdienste; ▲ Chausseen; ▲ Lazarette; xxxx
 Panzersperren; ▲ militärische Führungszentrale der USA;
 ▲ Flieger- u. Flottenbasen der USA; ▲ Angriffe
 militärisches Ausbildungszentrum der USA;
 der Konterrevolutionäre: ▲ US-Invasion auf Grenada im
 Oktober 1983; ▲ Geschwader der US-Navy;
 Aufklärungsschiffe der USA; ▲ CIA-Schiffe zur Verminung
 von Häfen; ▲ Angriffe der Piranha-Schnellboote; ▲ T/S-Lager.
 Flugplätze; ▲ Radarstationen;

NEUAUFLAGE VON CAMP DAVID?

"Alle Wege führen zu einer internationalen Nahostkonferenz" — so betitelte Nabil Houri, Chefredakteur der in Paris erscheinenden einflußreichen außenpolitischen Wochenschrift Al-Mousaqbal, Anfang Februar seinen Übersichtsartikel. Er konstatierte, daß sich die Weltöffentlichkeit immer klarer für die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz ausspricht und bekundete die Hoffnung, die USA würden ihre diesbezügliche negative Haltung ändern und Israel entsprechend beeinflussen. Bekanntlich schlägt die UdSSR bereits seit langem eine Nahostfriedenskonferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten vor. Ebenfalls ist wohlbekannt, daß eine solche Konferenz im Grunde von allen arabischen Ländern und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterstützt wird und die überwiegende Mehrheit der UNO-Staaten auf der internationalen Palästina-Konferenz in Genf (1983), auf der 38. und 39. UNO-Vollversammlung dafür stimmte. Dagegen waren nur die USA und Israel.

Ein Weg zur Lösung der Palästinenserfrage schien sich abzuzeichnen. Doch da unterzeichneten am 11. Februar der jordanische König Hussein und Yasser Arafat in Amman ein Abkommen über einen "gemeinsamen Aktionsrahmen". Was bringt dieses Dokument an Neuem?

Alle nationalpatriotischen arabischen Kräfte verweisen darauf, daß die Vereinbarungen von Amman zwei wichtige Punkte ignorieren, auf denen die Haltung der PLO stets basierte. Und zwar die gleichberechtigte Teilnahme der PLO an einer umfassenden Nahostlösung und die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates. In dem Abkommen werden diese Forderungen ersetzt durch die Teilnahme einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation an Nahostverhandlungen und durch die Schaffung einer jordanisch-palästinensischen Konföderation, ohne genaue Festlegung des Rechtes des palästinensischen Volkes auf ein eigenes Staatswesen. Die antiimperialistischen Kreise des Ostens der arabischen Welt (Maschrik) meinen, daß das im ersten Punkt des Dokuments von Amman fixierte Prinzip "Land gegen Frieden" im Grunde ein Abgehen von der Feststellung bedeutet, der zufolge die Palästinenserfrage das Kernstück einer Regelung ist.

Die für ihre antiimperialistischen Posi-

tionen bekannten arabischen Staaten und acht von zehn Organisationen der Palästinensischen Widerstandsbewegung verurteilten entschieden das Abkommen von Amman. Das Dokument wurde auch von einigen Führungsmitgliedern der Fatah kritisiert, der Yasser Arafat und der Leiter der politischen Abteilung, Farouk Al-Kaddumi, angehören.

Ali Nasser Muhammad, Generalsekretär des ZK der Jemenitischen Sozialistischen Partei und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ, charakterisierte das Abkommen Hussein--Arafat als Abgehen von den Beschlüssen arabischer Gipfel, u.a. in Fes, und von Resolutionen des Palästinensischen Nationalrates. Es durchkreuzt alle Anstrengungen, die zur Bewahrung der Einheit der PLO unternommen wurden. Eine Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien des Maschrik in Damaskus betonte, das Abkommen von Amman, das verbal "Verhandlungen unter der Ägide einer internationalen Konferenz" verkündet, meine damit die Zustimmung zu direkten Separatverhandlungen wie beim Komplott von Camp David.

Andererseits hat Washington das Abkommen von Amman wohlwollend aufgenommen. Der US-Präsident erklärte, es sei für ihn der "erste Moment", da sich nach der Verkündung des "Reagan-Plans" von 1982 ein "Fortschritt" abzeichnet habe und bekundete in diesem Zusammenhang

Das palästinensische Flüchtlingslager Al-Douheisha im besetzten Westjordanland. Die israelischen Besatzer kennen keine Hemmungen...

Telefoto: AP-TASS

"Optismus". Gleichzeitig sprach er sich erneut gegen die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz aus. Die patriotische arabische Presse bemerkte, daß der US-Administration, die Erklärungen wie den "gemeinsamen Aktionsrahmen" fördert, daran gelegen ist, Camp David durch die Araber selbst wiederbeleben zu lassen, sie zu Separatäbmachungen mit Israel zu zwingen und von der Sowjetunion, ihrem bewährten Freund, zu isolieren.

Das Abkommen von Amman wurde in offiziellen Kreisen Ägyptens, Marokkos und Saudi-Arabiens gebilligt. In Kairo hieß es, die ägyptische Führung schätze "das Abkommen als ersten Schritt, den die Araber tun müßten, hoch ein", um dem "Friedensprozeß in der Region den erforderlichen Impuls" zu geben.

Einige rechte arabische Politiker und Massenmedien gaben angesichts des hohen Ansehens der Sowjetunion als Verfechters einer gerechten Nahostregelung spekulative Erklärungen ab, in denen behauptet wurde, die sowjetischen Nahostvorschläge würden in die gleiche Richtung gehen wie der "gemeinsame Aktionsrahmen". Doch die Behauptungen der Anhänger des Abkommens von Amman, dessen Hauptpunkte ständen nicht im Widerspruch zu den Nahostvorschlägen der Sowjetunion, sind unwahr. Sie sollen die arabische und die internationale Öffentlichkeit irreführen. In den sowjetischen Vorschlägen vom 29. Juli 1984 heißt es unmißverständlich, daß eine Nahostregelung ohne Lösung der Palästinenserfrage unerreichbar ist. Im Gegensatz zum Abkommen von Amman ist dort festgehalten, daß die PLO gleichberechtigter Teilnehmer aller Verhandlungen als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes sein muß. Das Recht der Palästinenser auf die Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates in den von den Israelis geräumten palästinensischen Gebieten muß gewährleistet sein.



Am 24. Februar erklärte der Präsident Ägyptens, Hosni Mubarak, gegenüber der "New York Times", er unterstütze "die Idee der Bildung einer gemeinsamen Delegation aus Jordaniern und gemäßigten Palästinensern, die keineswegs unbedingt PLO-Vertreter sein müssen, für direkte Verhandlungen mit Israel". Die amerikanische Rundfunk- und Fernsehgesellschaft ABC wertete das als Rückkehr zur "Formel von Camp David". Wenig später dementierte der ARÄ-Präsident die Meldungen "einiger Rundfunksender, er habe die Teilnahme von PLO-Mitgliedern an der gemeinsamen Delegation ausgeschlossen". Mubarak konkretisierte dann, er denke an drei Stadien bei künftigen Verhandlungen: einen Dialog zwischen einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation und den USA, einen erweiterten Dialog, dem sich Israel und andere Seiten anschließen sollten, sowie eine internationale Konferenz unter Teilnahme aller interessierten Seiten ebenso wie der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates.

Die Vorschläge des ägyptischen Präsidenten, im Westen als "Mubarak-Initiative" bezeichnet, lösten im Nahen Osten eine negative Reaktion aus. Gegen sie wandten sich sogar Mitglieder des ZK der Fatah und des PLO-Exekutivkomitees. So erklärte Abre Aiyad, Mitglied des PLO-Exekutivkomitees, in einem Interview für den "Spiegel", Mubaraks Vorschläge für Verhandlungen einer jordanisch-palästinensischen Delegation mit den USA unter späterer Heranziehung Israels seien gleichbedeutend mit einer Kapitulation vor Amerikanern und Israelis. "Das, was Mubarak vorschlug, ist eine schlechte Nachricht für uns. Heute ist ein schwarzer Tag", sagte Aiyad. Ein anderes Mitglied des ZK der Fatah, Khalil Wazir, meinte, die neuen Initiativen Ägyptens seien nichts anderes als die Fortsetzung des Prozesses, der mit der Unterzeichnung der ägyptisch-israelischen Abkommen von Camp David 1978 begonnen wurde.

Ebenso ist die Reaktion der arabischen nationalpatriotischen Kräfte auf die Vorschläge des ARÄ-Präsidenten. Der Generalsekretär der Demokratischen Front zur Befreiung Palästinas, Nayef Hawatmeh, charakterisierte die "Mubarak-Initiative" folgendermaßen: "Besonders gefährlich werden die Aufrufe zu direkten Separativerhandlungen zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation unter amerikanisch-ägyptischer Agide. Mit diesem neuen Komplott gegen die arabischen Völker wollen der US-Imperialismus, der Zionismus und die Reaktion das Komplott von Camp David aus der Stagnation herausbringen und dessen zweite Phase verwirklichen, die die Gewährung einer armseligen Verwaltungsautonomie an die palästinensischen Arabern betrifft und so deren legitime

nationale Rechte ersetzen soll". Die Adener Zeitung "14 Oktober" bemerkte, daß den jüngsten ägyptischen Vorschlägen zufolge einer internationalen Nahostkonferenz die Rolle zugewiesen wird, Beschlüsse, die den USA und Israel passen, "formell abzusegnen".

Der besagte arabische Journalist Houris schloß seinen Artikel mit einer Verurteilung des ehemaligen ägyptischen Präsidenten. "Sadat", schrieb er, "hat dadurch, daß er eine internationale Konferenz gegen das Komplott von Camp David eintauschte, eine gerechte Nahostfriedensregelung unmöglich gemacht." Ohne Sadats Reise nach Jerusalem und seinen Abschluß des Separativertrages mit Israel hätte es den Krieg in Libanon nicht gegeben und möglicherweise wäre auch die israelische Okkupation beseitigt. Das Organ des ZK der KP Israels, "Zu Haderech", schrieb im gleichen Sinne: "Alle, die nach wahrem Frieden in unserer Region streben, müssen die Lehre der Vergangenheit beherzigen: Das Abkommen von Camp David führte zum Krieg in Libanon, zu einem Krieg, der immer noch andauert. Die Verwirklichung der 'Mubarak-Initiative' würde zu den gleichen Ergebnissen führen, da es nach wie vor darum geht, die Lösung des Hauptproblems des israelisch-arabischen Konflikts zu verhindern — der Verwirklichung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes."

Angesichts der neuen Bedrohung für ihre Lebensinteressen rufen alle wahren palästinensischen Patrioten zur Einheit der PLO auf patriotischer, antiimperialistischer, antizionistischer Grundlage auf, verlangen, von Camp David, dem "Reagan-Plan" und den von ihm abgeleiteten Kapitulantenvarianten einer Nahostregelung abzugehen. Sie meinen, daß die Vereinbarungen von Algier und Aden, die im Sommer 1984 zwischen verschiedenen Gruppierungen der palästinensischen Bewegung erreicht wurden, die organisatorische Grundlage sein müssen, um die kämpferische Einheit aller Truppen des palästinensischen Widerstands und der PLO wiederherzustellen. Als politische Plattform dafür aber sollten die Prinzipien des sowjetischen Friedensprogramms für den Nahen Osten dienen, dessen Hauptpunkte sich mit der gesamtarabischen Position, wie sie auf dem Gipfeltreffen von Fes erarbeitet wurde, decken.

Alle antiimperialistischen arabischen Kreise gehen davon aus, daß die Einheit der PLO, ihre enge Zusammenarbeit mit Syrien, der Libanesischen patriotischen Widerstandsfrente, mit allen arabischen nationalpatriotischen Kräften heute besonders wichtig ist, da die US-Administration Neuauflagen der Kapitulantopolitik in der arabischen Welt schaffen will, um im Nahen Osten eine "Pax americana" herzustellen.

O. FOMIN

UNVERÄNDERT

In Westberlin fanden am 10. März Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt. Die meisten Wählerstimmen — 46,4 % — erhielt die CDU. Für die SPD gaben 32,4 % der Wähler ihre Stimme ab. Die FDP, die zusammen mit der CDU den Senat bildete, kam auf 8,4 %.

Die Vertreter der CDU, der Partei des Großkapitals, geizten nicht mit Versprechungen, verkündeten, nur sie könnten das "Gedeihen" der Stadt sichern. Um Stimmen zu fangen, hoben die CDU-Führer im Wahlkampf geschickt jene Probleme hervor, die die Westberliner tatsächlich beunruhigen. Dabei verschwiegen sie natürlich die eigentlichen Ursachen. Die vollmundigen Erklärungen der CDU, sie wolle die Arbeitslosigkeit rigoros bekämpfen und zur Lösung der akuten sozialen Probleme, besonders im Wohnungsbau, beitragen, sowie die Wahlkampfdemagogie mit Umweltschutzslogans halfen den Christdemokraten, die relative Mehrheit zu erringen.

Die SPD erlitt spürbare Verluste (1981 hatten 38,3 % der Wähler für die Sozialdemokraten gestimmt). Der SPD-Spitzenkandidat, der ehemalige Verteidigungsminister der BRD, Hans Apel, leidenschaftlicher Verfechter des berüchtigten NATO-"Doppelbeschlusses", konnte die SPD bei den Westberlinern nicht populär machen.

Die FDP festigte ihre Positionen und wird Beobachtern zufolge erneut eine Regierungskoalition mit der CDU eingehen.

Außer den traditionellen Parteien wird im Abgeordnetenhaus wie zuvor die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz, ein Block verschiedener politischer Gruppierungen, vertreten sein. Sie erhielt 10,6 % der Stimmen. Das undemokratische Wahlsystem versperrte der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, dem wahren Interessenvertreter der Werktätigen, den Weg ins Stadtparlament.

L. JELISSEJEW
NZ-Korrespondent

Westberlin

Anfang März wurde in Bangladesh erneut der Ausnahmezustand verhängt. Am 21. März soll ein Referendum über die Politik der Militärregierung abgehalten werden.

ZEIT DER PRÜFUNGEN

Von unserem Sonderkorrespondenten Wladimir BAIDAKOW

Die Volksrepublik Bangladesh macht eine sehr schwere Zeit durch. Aus dem nationalen Befreiungskrieg 1971 hervorgegangen, hat sie die Krise seitdem praktisch nicht überwinden können: die wirtschaftliche Rückständigkeit, die häufigen politischen Erschütterungen; in ihrer kurzen Geschichte erlebte die Republik mindestens 10 gelungene bzw. mißlungene Staatsstreichs. Neun Präsidenten haben sich abgelöst; die beiden populärsten unter ihnen, die Kämpfer für die nationale Unabhängigkeit Mujibur Rahman und Ziaur Rahman, wurden von politischen Gegnern ermordet.

Im März 1982 brachte ein erneuter, diesmal unblutiger Staatsstreich Militärs unter General Hossain Mohammad Ershad an die Macht. Als ich im Februar d. J. in Bangladesh war, konnte ich mich mit einigen Aspekten des Lebens des Landes in den letzten drei Jahren, also unter der Macht der Militärs, vertraut machen.

Der erste Eindruck, den ich von Dakka im Februar gewann, war, daß eigentlich nichts auf den nach dem letzten Coup verhängten Ausnahmezustand hindeutete. Keine Sperrstunde, keine Preszensur. Auf den ersten Blick bot Dakka das Bild einer lauten, von Menschen wimmelnden orientalischen Großstadt. Dennoch waren die politischen Spannungen zu spüren. Fast täglich wurden auf dem Baitul-Mukaram-Platz im Zentrum, vor dem Stadion und im Ramna Green Park Massenkundgebungen verschiedener Parteien durchgeführt. Die Presse schrieb von großen Streiks im Lande. Im Februar z. B. streikten Juristen, Lehrer, Ingenieure und Techniker, Fachkräfte der Landwirtschaft, Universitätsstudenten und Arbeiter in verschiedenen Städten. Meist forderten sie nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern auch die völlige Wiederherstellung der demokratischen Normen des sozialen und politischen Lebens.

Wirtschaftliche Sorgen

Bangladesh ist noch immer ein außerordentlich zurückgebliebenes Agrarland. Noch immer kann die Landwirtschaft den Bedarf der rasch wachsenden Bevölkerung (demnächst wird sie 100 Millionen erreichen) nicht decken. Der Grund ist der niedrige technische Stand und das Weiterbestehen der Naturalwirtschaft. Hinzu kommen häufige Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen. In den letzten Jahren mußte das Land über 2 Mio t Getreide jährlich importieren.

Die Militärregierung ist sich dessen bewußt, wie akut und kompliziert das Agrarproblem ist. In dem von Ershad Anfang 1983 verkündeten "18-Punkte-Programm" galt das Hauptaugenmerk der Entwicklung der Landwirtschaft und dem Ziel, die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zu erreichen. Man nahm Kurs auf die beschleunigte Umstellung der Landwirtschaft vom halbfidalen auf den kapitalistischen Betrieb, Kurs auf die Stärkung der Großbauern. Auch die Teipächter und Landarbeiter erhielten eine kleine Erleichterung: Ihre Rechte auf Bodenpacht und Mindestlöhne wurden geschützt. Doch vorläufig hat sich die Agrarproduktion kaum nennenswert vergrößert. Die Produktion des Hauptnahrungsmittels Reis bleibt praktisch auf dem Niveau von 14 Mio t im Jahr oder etwas darüber. Mittlerweile verarmen die Bauern, geben ihre Parzellen auf und stoßen zu den Arbeitslosen, die jetzt schon 11 Millionen zählen. Das verstärkt zweifellos die sozialen Spannungen.

Die von der Militärregierung ausgearbeitete "neue Industriepolitik" begünstigt das private Kapital bei der Entwicklung der wichtigsten Industriezweige. Bis Ende 1984 haben die Behörden über 100 Jute-, Textil- und andere Großbetriebe aus dem staatlichen in den privaten Sektor über-

führt. Die Entnationalisierung erfaßt selbst die Massenmedien. So wurden im vorigen Jahr einige Regierungspressoorgane, darunter die populäre Zeitung "Bangladesh Observer", in private Hand gelegt. Die Tätigkeit privater Banken und Versicherungsgesellschaften wurde erneut gestattet. Auslandskapital erhält große Vergünstigungen, und gewisse transnationale Konzerne haben sofort darauf angeprochen. Was sie in Bangladesh anzieht, sind vor allem die billigen Arbeitskräfte.

Die Militärregierung knüpft ihre Hoffnungen, der Wirtschaftsprobleme wenigstens zum Teil Herr zu werden, hochgradig an äußere Hilfe, ohne die Bangladesh sich kaum über Wasser halten kann. Das Land gehört zu den größten Empfängern von Auslandshilfe unter den Entwicklungsländern. Allein 1982-1984 erhielt es 5,6 Md. Dollar, davon fast die Hälfte als nicht rückzahlbar. Die Hauptkreditoren sind die Westmächte und die internationalen Finanzinstitute der kapitalistischen Welt. Natürlich benutzen sie die Hilfe, die sie gewähren, dazu, die junge Republik unter Druck zu setzen. Rahman Sobhan, einer der führenden Wirtschaftswissenschaftler Bangladeshs, schrieb: "Die Regierungskreise Bangladeshs warten heute, bevor sie das jährliche Budget annehmen, die Importpolitik verkünden, ihr Nahrungsmittelprogramm formulieren oder sogar darüber entscheiden, wieviel Kinder im Lande geboren werden dürfen, auf Weisungen aus Washington, London, Tokio, Bonn und Paris. Die Lebensfähigkeit jeder Regierung in unserem Land liegt in den Händen der Spitzenpolitiker der kapitalistischen Industriestaaten." Was die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung angeht, hinter der US-Monopole stecken, so nennt Sobhan sie sarkastisch "die politische Hauptkraft in Bangladesh".

Was im nationalen Interesse liegt

Der Druck des Westens wirkt sich nicht nur auf die Inlandswirtschaft, sondern auch auf die Außenpolitik Dakkas aus. Nicht ohne Dazutun der westlichen Hauptstädte wurden die Beziehungen zwischen Bangladesh und der UdSSR beeinträchtigt. Unfreundliche Aktionen der Behörden von Bangladesh gegen-

über der UdSSR von Ende 1983/Anfang 1984, darunter die Schließung des sowjetischen Kulturzentrums in Dakka und die in Bangladesh aufgezogene antisowjetische Kampagne, haben die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern auf den tiefsten Stand ihrer Geschichte reduziert. Doch hat dieser Kurs bei der Öffentlichkeit nicht die von ihren Urhebern erhoffte Unterstützung gefunden. Nur ein begrenzter, offen prowestlich und panislamisch orientierte Teil der herrschenden Kreise versucht, den Antisowjetismus zu schüren.

Vertreter der Regierung, mit denen ich in Dakka zusammenkam, sprachen sich eindeutig für einen allseitigen Ausbau der Kontakte und Beziehungen zwischen Dakka und Moskau aus.

Informationsminister Aminur Rahman Yusuf: "Es ist unsere Überzeugung, daß vielfältige Beziehungen zur UdSSR in unserem nationalen Interesse wären. Die Regierung Bangladeshs bemüht sich um volles gegenseitiges Verstehen mit der UdSSR."

Natürlich sind die Bürger von Bangladesh über die heutigen internationalen Spannungen beunruhigt.

Humayun Rasheed Choudhury, Berater des Präsidenten für außenpolitische Fragen, sagte mir: "Wir glauben, daß die UdSSR und die USA, um Frieden und Ruhe für unsere und die künftigen Generationen zu sichern, bei den Genfer Verhandlungen über nukleare und kosmische Waffen eine wirklich konstruktive Haltung einnehmen, dank der die Gefahr eines schrecklichen Krieges für immer von der Menschheit genommen wird."

Militärregierung und Opposition

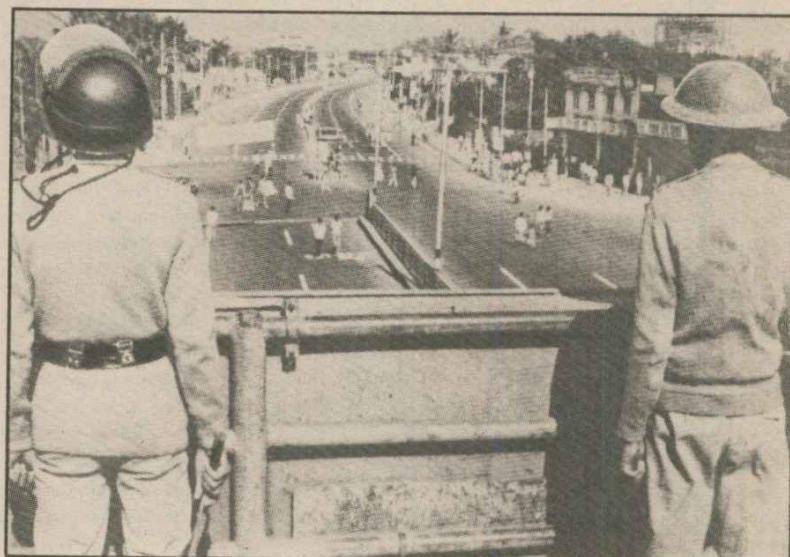
Die hitzigsten innenpolitischen Kämpfe in Bangladesh tobten um die Probleme der Demokratisierung des sozialen und politischen Lebens. Wie General Ershad Ende 1983 erklärte, wolle er Schritte in dieser Richtung tun. Einer der ersten davon war die Gründung der Jana Dal (Volkspartei), der die Rolle der politischen Stütze der Regierung zugeschrieben ist. Ihre politischen Hauptprinzipien sind "Nationalismus, Ideale und Werte des Islam, Demokratie und Fortschritt". Ershad nahm Vertreter der neuen Partei in seine Regierung auf. Aber das vom Chef der Militärregierung vorgeschlagene Schema der Wiederherstellung der demokratischen Grundlage, das vor allem die Legalisierung seiner eigenen Macht bezeichnete, wurde praktisch von allen Parteien des Landes

(natürlich mit Ausnahme der Jana Dal) abgelehnt. Sie forderten die Aufhebung des Ausnahmezustands noch vor den Wahlen, die Legalisierung der politischen Tätigkeit, die Befreiung aller politischen Häftlinge, die Bildung einer neutralen Regierung vor den Wahlen und die Abhaltung zuerst von Parlaments- und dann von Präsidentschaftswahlen. Breite Bevölkerungsschichten unterstützten die Forderungen der Opposition. Der Kampf für ihre Verwirklichung nahm die Form von Massenmanifestationen an. Sehr aktiv zeigten sich auch die Gewerkschaften und die Studenten.

Unter diesen Umständen schob Ershad zweimal die von ihm schon ausgeschriebenen Wahlen auf. Unter dem Druck der Opposition machte er allmählich eine ganze Reihe wichtiger Zugeständnisse. So stimmte er der Forderung zu, zuerst

besteht: den Ausnahmezustand vor der Abstimmung aufzuheben. Wie mir Sprecher aus den Regierungskreisen sagten, konnte die Militärregierung dieser Forderung nicht stattgeben, weil das der 1982 gestürzten Regierung der Nationalistischen Partei das legitime Recht geben würde, sofort an die Macht zurückzukehren.

Bis Ende Februar hat sich in Bangladesh ein — freilich etwas prekäres — Kräftegleichgewicht ergeben zwischen der Regierung Ershad, hinter der die Armee und die Jana Dal stehen, und den Oppositionsparteien, die das ganze ideologische Spektrum — von erreaktionären und rechten bis zu linksextremistischen Ansichten — repräsentieren. Ihre Gesamtzahl erreicht beinahe 80, wobei fast die Hälfte davon religiösen, islamischen Charakter trägt. Die meisten Parteien



Dakka. Ausnahmezustand in Aktion

Foto aus: "Tide"
(Bangladesh)

verstehen wohl, daß sie im zugespitzten politischen Kampf einzeln nicht viel erreichen können, und schließen sie sich zu Blöcken zusammen.

Eines der stärksten ist das Bündnis von 15 Parteien. Unter anderen gehören ihm die Volksliga, die bis 1975 an der Macht war und der heute Mujibur Rahmans Tochter Hasina Wazed vorsteht; ferner die Kommunistische Partei Bangladeshs und die Nationale Volkspartei. Was sie eint, ist nicht nur der gemeinsame Kampf für die Beseitigung des Militärregimes und die Wiederherstellung der demokratischen Zustände. Sie setzen sich das Ziel, das Land auf den Weg jener fortschrittlichen sozialökonomischen Umgestaltungen zurückzuführen, die der Sieg des Volkes von Bangladesh im Befreiungskrieg von 1971 möglich gemacht. Ihr gemeinsames

Ziel ist es auch, die dringlichsten Forderungen der werktätigen Bevölkerungsschichten zu befriedigen sowie zu erreichen, daß das Land eine unabhängige, friedliche, antiimperialistische Außenpolitik verfolgt.

Die größte Kraft des Bündnisses von 15 Parteien ist die Volksliga. Bei den Militärputschern von 1975 und den nachfolgenden innerparteilichen Spaltungen hat sie viele ihrer Spitzenpolitiker verloren, neuerdings aber ihren Einfluß in hohem Maße wiedererlangt, besonders unter der Jugend, für die sie aktiv wirbt.

Ein weiterer großer Block setzt sich aus 7 rechten und konservativen Parteien zusammen. Führend ist die Nationalistische Partei Halida Rahmans, der Witwe Ziaur Rahmans. Die Einstellung dieses Blocks, besonders der Nationalistischen Partei, zu den innen- und außenpolitischen Problemen deckt sich im wesentlichen mit Ershads Kurs. Diese Partei wird von einigen Armeekreisen und einem Teil der nationalen, besonders der Großbougeoisie unterstützt.

Kurz, die Kräfte in der politischen Szene der Republik sind bunt, sie treten nicht nur gegen die Militärregierung auf, sondern bekämpfen auch einander. Selbstverständlich wird die Opposition davon nicht stärker.

Anfang März nun wurde das sich eben andeutende Kräftegleichgewicht zwischen Regierung und Opposition durch General Ershads Beschuß gestört, in Bangladesh die Gesetze des Ausnahmezustands im vollen Umfang wiedereinzuführen. Erneut ist jede politische und gewerkschaftliche Betätigung verboten. Die Sperrstunde ist wieder eingeführt, alle Kundgebungen und Demonstrationen sind verboten, die Militärauthoritäten in einzelnen Bezirken und Unterbezirken sind auf ihre Posten zurückgerufen worden. Die Militärgerichte und -tribunale funktionieren wieder, hingegen sind alle 6 Universitäten der Republik für unbestimmte Zeit geschlossen. Anders gesagt, man hat die gesamte anscheinend vor sich gehende Entmilitarisierung der Macht zurückgenommen.

Die für den 6. April angesetzten Parlamentswahlen sind aufgehoben worden. Dafür soll am 21. März ein Referendum stattfinden, damit die Bevölkerung ihre Haltung zur Politik der Militärregierung und zum weiteren Aufenthalt Ershads auf dem Posten des Präsidenten äußert. Demnach rückt die Perspektive einer verfassungsmäßigen Zivilregierung in Bangladesh wohl in unbestimmte Ferne. Dakka-Moskau

DAS POLITISCHE BUCH

WAFFE IM FRIEDENSKAMPF



Delegierte und Gäste der Unionskonferenz der Friedenskräfte (Anfang d. J., Moskau) erhielten ein wertvolles Geschenk — eine Chronik der Bewegung der Friedensanhänger in der Sowjetunion in 35 Nachkriegsjahren (1949–1984)*. Das Autorenkollektiv, Aktivisten der sowjetischen Bewegung der Friedensanhänger unter dem Vorsitzenden des Sowjetischen Friedenskomitees, Juri Shukow, trug eine Vielzahl von Tatsachen, Zahlen und Dokumenten zusammen, die zeigen, wie sich diese Bewegung entwickelte, wie sie immer mehr Anhänger fand und ihr Einfluß Länder und Kontinente erfaßte. Und schließlich, wie sich das Spektrum der Friedensproblematik ausweitete.

Vor einem Vierteljahrhundert nannte Arnold Zweig in seinem Dank für die Verleihung des Internationalen Lenin-Friedenspreises den Spruch der Reaktionäre "Willst du den Frieden, so rüste zum Krieg" eine "Formel imperialistischer Kriege". Zweig sagte, die Friedensanhänger würden ihm ihren Aufruf entgegenhalten: "Willst du den Frieden, so bereite ihn vor, ohne deine Kräfte zu scheuen, jeden Tag deines Lebens, jede Stunde deiner Tage." Zu jener Zeit, als diese Worte gesagt wurden, hatte die Friedensbewegung bereits den Kongreß der Kulturschaffenden in Wroclaw (1948) sowie den Weltfriedenskongreß in Paris und Prag (1949) hinter sich. Die beiden Tagungsorte des Weltfriedenskongresses illustrieren die Haltung, die der Imperialismus gleich von Anfang an gegenüber der Bewegung der Friedensanhänger einnahm. Kaum war die neue Bewegung entstanden, da ahnten die Friedensfeinde, die Anhänger einer "Politik der Stärke" bereits, daß ihnen die Friedensbewegung nichts Gutes verspricht. Noch konnte man nicht wissen, welches Echo der Weltfriedenskongreß finden würde — und doch

beschloß man bereits, seine erfolgreiche Durchführung zu verhindern. Den Delegierten vieler Länder wurde das Einreisevisum für Paris verweigert. Und so mußten Kongressitzungen gleichzeitig auch in Prag durchgeführt werden.

Im gleichen Jahr 1949 durften Friedensanhänger, die eine Botschaft "An die Parlamente aller Länder" überbringen wollten, nicht in die USA und die Niederlande einreisen. 1951 verbot Paris die Tätigkeit des Weltfriedensrates in Frankreich. 1955 wurden amerikanische Delegierte, Labour-Vertreter aus Großbritannien, Sozialdemokraten aus der BRD und Vertreter anderer politischer Richtungen von den Regierungen der USA, Großbritanniens, der BRD und anderer Länder an der Teilnahme am Weltfriedenstreffen in Helsinki gehindert. Und heute, da die Friedensbewegung so erstaart ist, werden ihre Anhänger ins Gefängnis geworfen, werden Demonstranten brutal zusammengeschlagen!

Doch keine von der historischen Notwendigkeit hervorgebrachte Bewegung kann aufgehalten werden — weder durch Ignorierung noch durch Verleumdungen oder Repressalien. Trotz aller Umtriebe der Imperialisten erfaßt die Friedensbewegung immer breitere Schichten, immer mehr nationale und internationale Organisationen. Wollen wir nur einige Beispiele herausgreifen. Auf dem Kongreß von Wroclaw (1948) waren Delegierte aus 45 Ländern vertreten, auf dem II. Weltfriedenskongreß in Warschau (1950) bereits aus 80 Staaten und auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte (1973, Moskau) aus 143 Ländern. Aus ebenso vielen Ländern kamen Delegierte nach Sofia zum Weltparlament der Völker für den Frieden (1980).

Bereits auf dem Völkerkongreß für den Frieden (1952, Wien), der auf Initiative des Weltfriedensrats stattfand, erläuterte Frederic Joliot-Curie: "Die Organisation der Friedensanhänger meint nicht, daß sie allein für den Frieden wirkt und sie gedenkt auch in Zukunft nicht, ein

* "Letopis borby za mir". Sammelband eines Autorenkollektivs. Moskau, Meshdunarodnyje ot-noschenija", 1984

Monopol auf diese Aktionen zu beanspruchen." Dieser Aufruf und die gesamte nachfolgende Arbeit des Weltfriedensrates hatten große Wirkung auf Organisationen und Bewegungen, die vielleicht auch nicht alle Positionen des Weltfriedensrates akzeptieren, die aber darin übereinstimmen, daß die gemeinsamen oder parallelen Anstrengungen im Kampf gegen die zunehmende Nuklearkriegsgefahr verstärkt werden müssen. 1965 kamen zum Weltkongreß für Frieden, nationale Unabhängigkeit und allgemeine Abrüstung in Helsinki Vertreter von 18 internationalen Organisationen, vier Jahre später zur Weltfriedensassemblee nach Berlin bereits von 50 und zum Weltforum der Friedenskräfte 1977 in Moskau von 70 Organisationen. Auf der Weltversammlung "Für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg" (1983, Prag) erörterten bereits 108 internationale Organisationen zusammen mit dem Weltfriedensrat die brennendsten Fragen der Gegenwart.

Die immer stärkere Vertretung von Ländern, Bewegungen, nationalen und internationalen Organisationen bedeutet, daß sich immer mehr Menschen für den Friedenkampf engagieren. Die Autoren des Buches führen dazu überzeugende Zahlen an. Der erste Stockholmer Appell für ein Verbot der Atomwaffen (1950)

wurde von 500 Millionen Menschen unterzeichnet. Unter dem Aufruf der 1. Tagung des Weltfriedensrates "Für den Abschluß eines Friedenspaktes zwischen den fünf Großmächten" standen bereits 600 Millionen Unterschriften von Menschen aus allen Kontinenten. Unter den neuen Stockholmer Appell (1975) aber, der dazu aufrief, die Entspannung unumkehrbar zu machen und das Wettrüsten zu stoppen, setzten 700 Millionen Menschen ihre Unterschrift.

Es gab in den vergangenen 35 Jahren kein einziges bedeutendes internationales Problem, zu dem die Friedensanhänger nicht Stellung bezogen hätten. Sie werden nicht umsonst das Gewissen unserer Zeit genannt. Sie reagieren auf jedes neue internationale Ereignis, verweisen auf Gefahren und suchen nach Wegen zur Lösung der Menschheitsprobleme.

Bereits vor mehr als 30 Jahren erklärte gerade im Namen der Friedensanhänger der sowjetische Delegierte Alexander Fadejew auf dem Kongreß der Wissenschaftler und Kulturschaffenden der USA: "An der friedlichen Koexistenz der Völker sind vor allem die einfachen Menschen, die Frauen und Mütter interessiert, deren Söhnen der Krieg den Tod bringt."

Die Friedensanhänger protestierten gegen die Verbrechen der US-Imperialisten in Korea, die Dreier-Aggression in Ägypten, den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam, die Untaten der "schwarzen Obristen" in Griechenland, gegen die brutale US-Aggression in Grenada und die jetzigen Umtreiber der USA gegen Nikaragua.

Die "Chronik des Friedenkampfes" gehört nicht ins Archiv, sie ist eine Waffe im Friedenkampf. Einst nannte Frederic Joliot-Curie die systematische Erneuerung der Kampfmethoden der Friedensanhänger eine unabdingbare Voraussetzung für das zunehmende Ansehen der Bewegung. Die letzten Jahre sind besonders gekennzeichnet durch die Vielfalt der Formen und Methoden des Kampfes der Friedensanhänger gegen die Nuklearkriegsgefahr. Dazu gehören Meetings, Märsche, Demonstrationen, Stafetten, Aktionswochen und Solidaritätsmonate, Bücher und Flugblätter, Unterschriftensammlungen und Friedenswachen, Kunstausstellungen, Symposien, Seminare, Dialoge und Kongresse. Ihre Teilnehmer und Ziele sowie ihr Einfluß sind unterschiedlich. Doch zusammen formen sie die humanste und größte Bewegung der Gegenwart, die Friedensbewegung.

B. PISTSCHIK

GEWERKSCHAFTSTREFFEN IN MOSKAU

GEMEINSAM GEGEN DEN KRIEG

In Moskau fand ein internationales Treffen zum Thema: "40 Jahre ohne Krieg: die Aussichten der Zusammenarbeit in Europa und die Gewerkschaften" statt. An dem Treffen haben Vertreter der Gewerkschaftsverbände aus 18 europäischen Ländern sowie der Europakommission des Weltgewerkschaftsbundes teilgenommen.

Die Gewerkschaften Europas verfügen über immense Erfahrungen und Traditionen im gemeinsamen Kampf für den Frieden. Hierzu gehören die Bildung der Friedenskomitees am Arbeitsplatz in den Zeiten des kalten Krieges, die Einberufung der jährlichen Arbeiterkonferenzen der Ostseeländer, Norwegens und Islands, aber auch die Praxis der europäischen Gewerkschaftskonferenzen, die in den 70er Jahren zur Tradition wurde. Die gegenwärtige Zeitspanne hat neue Formen des Friedenkampfes der Gewerkschaften in Europa hervorgerufen: Bildung von "Gruppen der Friedensinitiativen" in Betrieben, Unterbrechung der Arbeit, Wochen für Friedensaktionen.

Sehr wichtig ist die Einheit der Ge-

werkschaftsaktionen. Die Teilnehmer des Treffens bekundeten auch das rege Interesse der europäischen Gewerkschaften daran, daß die in Genf anlaufenden Verhandlungen sachlich und konstruktiv geführt werden, daß sie einen Weg zur Verhütung des Rüstungswettrufs im Kosmos und zu dessen Einstellung auf der Erde finden helfen.

Indem sie den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus feierlich begehen, betrachten die Gewerkschaften der europäischen Länder dieses Datum als einen Impuls zur Verstärkung des Kampfes gegen die Gefahr eines neuen Krieges, für einen dauerhaften Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

Wie bei dem Treffen festgestellt wurde, besteht heute eine derart enge Verflechtung der militärischen und sozialwirtschaftlichen Probleme, daß die Gewerkschaften nicht als Unbeteiligte abseits stehen können. Wie das Leitungsmitglied des Allgemeinen Italienischen Gewerkschaftsbundes, A. Rebecchi, berichtete, vereiteln die italienischen Werktäglichen die Beseitigung der

demokratischen Ordnung und den Übergang des Landes zu einer Terrordiktatur. Wie er betonte, unterstützen die italienischen Gewerkschaften die Idee des Einfrierens der nuklearen Arsenale, befürworten die Schaffung von kernwaffenfreien Zonen auf dem Balkan, in Nordeuropa und im Mittelmeer.

Die Versuche, die Einheit der Gewerkschaften in Europa zu sprengen sind unter den gegenwärtigen Bedingungen besonders gefährlich — darüber wurde auch beim Treffen in Moskau gesprochen.

Der Kampf für den Frieden ist der Tätigkeitsbereich, der heute Gewerkschaften verschiedener Orientierung vereinigt. Eine bedeutende Rolle spielen dabei auch die sowjetischen Gewerkschaften, wie der Sekretär des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften, A. M. Subbotin, feststellte.

Der Tag der Gewerkschaftsaktionen für den Frieden, alljährlich am 1. September veranstaltet, wird in diesem Jahr zur größten Antikriegsaktion der Gewerkschaften, die dem 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und japanischen Militarismus gewidmet ist.

W. GALIN

Herat zerstört oder unter Banditenkontrolle?

IN DER „MUSCHEL“

German USTINOW

Ein altes orientalisches Sprichwort lautet: "Ist die Erde eine Muschel, so ist Herat die Perle darin." Wandert man durch seine alten Straßen, taucht man im Trubel der Basare unter, steht man bewundernd vor den Minaretten der Jami-Moschee oder auf einem Turm der Festung, die schon gegen die anstürmenden Horden Tschinggis-Chans gebaut wurde, dann erkennt man, daß diese Stadt nicht mit Berechnung, sondern mit Liebe gebaut worden ist. Sie ist in der Tat die ins Grün der Alleen und Parks gefaßte Perle Afghanistans.

In einem dieser Parks steht das Haus des Gouverneurs der Provinz Herat, in dem auch Gäste aus Kabul empfangen werden. So war Abdul Majd Sarboland, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Republik Afghanistan, hier, um die Fernsehstation von Herat einzuführen. Goldad, ein anderer stellvertretender Regierungschef, wollte sich davon überzeugen, wie die Boden- und Wasserreform in der Provinz vor sich geht. Er kam mit dem Landwirtschaftsminister Abdul Ghaffar Lakanwal und dem Minister für Bewässerung, Ahmad Shah Sorkhabi. Meine Reisedorthin hatte ebenfalls einen bestimmten Zweck: Ich wollte mich über die Lebensumstände meiner dortigen Bekannten, Turan Rassuls, der jungen Khatra und Matins, ihres Mannes, die ich bei meinem vorigen Aufenthalt in Herat kennengelernt hatte, informieren.

Zwei Hauptleute

Turan ist kein Name. Es bedeutet Hauptmann. Wer aber Turan kennt

oder von ihm weiß, denkt an ihn immer nur als Turan. Das Wort ist zu einem Teil seines Namens geworden.

Im Frühjahr 1983 tagte in Kabul eine große Versammlung der einstigen Mujaheddinführer, die zur Volksmacht übergegangen waren. Die Versammlung wurde im Rundfunk und Fernsehen ausgestrahlt. Jeder Teilnehmer berichtete, warum er sich gegen die Revolution gewandt, was er dem Volk gegenüber verschuldet und warum er sich entschlossen hatte, sich in den Dienst der demokratischen Republik zu stellen. Als erster bekannte Turan Rassul im Saal der Vaterländischen Nationalfront seine Verirrung.

Er war schon einige Jahre Hauptmann, obwohl er nie gedient und keine Militärschule absolviert hatte. Als Bauernsohn besuchte er nur die Grundschule, stach aber von den gleichaltrigen Jungen aus dem Landkreis Guzara durch Scharfsinn und Tapferkeit ab. Vielleicht deshalb wurde er 1979 mit 30 Jahren zum Vorsteher des Landkreises und später zum Häuptling eines 100 000 Mitglieder zählenden Stammes der Umgegend Herats gewählt.

Die "Islamische Partei Afghanistans", die sich im Ausland festgesetzt hatte, zeigte für den jungen Häuptling reges Interesse. Von Gulbuddin Khekmatiar, dem Chef dieser Emigrantenorganisation, kamen wiederholt Abgesandte nach Guzara, und bald trafen auch Geld, Waffen und Hetzschriften ein. "Der Islam in Gefahr!", "Stürzt das Regime der Ungläubigen!", "Schützt die Ehre eurer Frauen vor der Schändung durch die Marxisten!" wurde den Stammesangehörigen eingehämmert.



Festung aus dem 14. Jahrhundert. Sie schützte die Einwohner von Herat vor vielen Überfällen

Foto: L. Mironow

Da griffen die unwissenden, des Lesens und Schreibens unkundigen Bauern, die Jahrzehnte gegen jede Regierung gekämpft hatten, zu den Gewehren, und ihr Anführer wurde allgemein Hauptmann genannt.

Die in Pakistan und im Iran verschanzten Rädeführer der afghanischen Konterrevolution "betreuten" den Stamm weiter. Mehrere hundert Männer aus Guzara und den umliegenden Dörfern wurden im Ausland in Lagern für Sabotageakte ausgebildet. Auf Vorschlag Gulbuddins wurde Hauptmann Rassul in der Provinz Herat zum Leiter der IPA gemacht.

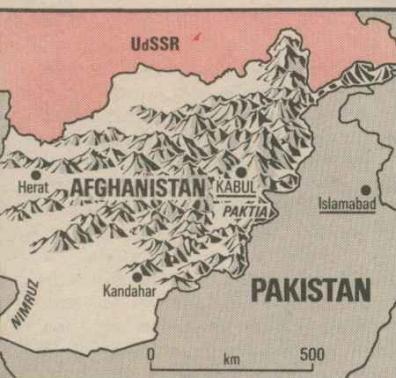
"Wir haben mit Waffen und Worten gegen die Republik gekämpft und ihren Sturz jeden Tag erwartet", sagte Rassul in Kabul in der Versammlung. "Wir sahen aber, daß die Revolution trotz ungeheuerer Schwierigkeiten die Oberhand gewinnt und beim Volk immer stärkeren Anklang findet. Da erkannte ich, daß wir auf der falschen Seite der Barrikaden standen. Die auf Initiative Babrak Karmals erlassene Amnestie für Männer, die freiwillig die Waffen

strecken, hat uns den rechten Weg geebnet."

Der Beschuß, zur Regierung überzugehen, wurde in einer Versammlung der Stammesältesten gefaßt. Die meisten waren dafür. Die Leute hatten es satt, zu kämpfen, ohne zu wissen, wofür. Sie wollten Korn säen, Vieh halten und ihre Kinder großziehen. Aber auch Geigenstimmen wurden laut: "Die Amnestie ist Schwindel, alle Behörden sind gleich", sagten die einen, und die anderen: "Das Gewehr ist ein besserer Ernährer als der Boden." Rassuls Mutter schlug ihren Kopf gegen die Steine am Wege. Sie glaubte, wenn sich ihr Sohn in Herat stellt, würden ihn seine Angehörigen nie wieder zu Gesicht bekommen.

Die Republik meint es mit ihren Absichten und Taten ehrlich. Die Stammesangehörigen bekamen die Möglichkeit, ruhig ihre Felder zu bestellen. Sie durften ihre Waffen behalten, um sich gegen Mujaheddins zu verteidigen. 400 Männer bildeten einen Trupp zum Schutz der Revolution. An dessen Spitze trat selbstverständlich Rassul, der jetzt schon offiziell in den Hauptmannsrang befördert worden ist.

An dieser Schicksalswende lernte ich Turan Rassul kennen. Wieder sitzen wir bei aromatischem grünem Tee im Büro der Herater CHAD-Leitung (der Staatsicherheit). Rassuls Trupp muß öfter gefährliche Aufklärungszüge im Rücken des Feindes antreten, um Schlupfwinkel und Waffenmagazine der Mujaheddins aufzustören. In diesem Saal, wo sich Rassul ergab, geht er jetzt ein und aus.



Ich sehe, er hat sich überhaupt nicht verändert. Er geht ebenso gebückt, als geniere er sich seines hohen Wuchses, und streicht sich hin und wieder ebenso über den buschigen Bart. Nur auf der Stirn hat er zwei neue tiefe Falten. Die Mujaheddins, die geschworen hatten, sich an Rassul zu rächen, haben seine Frau entführt und zwei seiner Stellvertreter in

einen Hinterhalt gelockt und viehisch erschlagen. Bei Zusammenstößen sind 15 Angehörige des Trupps gefallen.

"In letzter Zeit haben wir an etwa 50 Kampfhandlungen teilgenommen", erzählt er. "Überhaupt haben wir im Kreise Guzara, d. h. in mehreren Dutzend Dörfern, für Ruhe und Ordnung zu sorgen."

"Ja, da wagen sich die Banden Turan Ismails nicht mehr hin", sagt Dostagir, der stellvertretende Provinzleiter des ChAD.

Den Namen Turan Ismail hatte ich doch schon mal gehört! Noch ein Herater Hauptmann, noch ein Schicksal, aber ein völlig anderes.

Ismail Chan — das ist sein voller Name — ist Berufsmilitär. Er ist 38 und ebenfalls aus der Provinz Herat. Nach der Kabuler Militärschule befehligte er 1979 als Hauptmann in der Herater Division ein Bataillon. Der Revolution begegnete er feindselig und schloß sich sehr bald ihren Feinden an. Seitdem kämpft er schon das sechste Jahr gegen sein Volk.

Als Mitglied einer anderen konterrevolutionären Partei, der "Islamischen Gesellschaft Afghanistans", führte er alle ihre Banden in der Provinz Herat an. Barhanuddin Rabbani, der auf Pakistan gestützte Leiter dieser Emigrantenorganisation, hat ihn zum "Führer des Emirats Herat" ernannt. Ismail ist brutal und fanatisch, er ist ständig von einer 40 Mann starken Leibwache begleitet. In keinem Dorf hält er sich länger als eine Nacht auf. Seine Banden verminen Chausseen, sprengen Brücken, überfallen Regierungsämter und Milizposten und verfolgen aktive Mitglieder der Demokratischen Volkspartei.

"Turan Rassul hat mehrmals den Kampf mit diesen Banden aufgenommen", sagt Dostagir. "Da hatte Ismail empfindliche Verluste. Man sagt, er könne den Namen unseres Rassul nicht mehr hören."

"Wir haben aber noch keinen Grund, uns zu rühmen. Solange Ismail Chan nicht unschädlich gemacht ist, haben wir in unserer Provinz keinen Frieden zu erwarten", sagt Rassul.

Vor kurzem ist bekannt geworden, daß Turan Ismail aus dem Iran zurückgekehrt ist. Dort warb er unter den Flüchtlingen Verstärkungen für seine Banden, kaufte Waffen und bat um finanzielle Unterstützung. Folglich denkt er nicht daran, die Waffen zu strecken, obwohl ihm schon der Boden unter den Füßen brennt.

Auch Turan Rassul war zum ersten Mal im Ausland. Als Mitglied einer offiziellen DRA-Delegation nahm er an der Weltkonferenz "Für Frieden und Leben, gegen einen Nukle-

arkrieg" in Prag teil. Auf der Rückreise besuchte er Moskau, Leningrad und Kiew. Zurück kam er voller Eindrücke und mit Hunderten von Abzeichen.

"Ich habe eine neue Welt gesehen und noch genauer erkannt, wofür wir kämpfen", sagte er mir. "In diesem Kampf werde ich mich voll einsetzen. Sollte ich fallen, so werde ich für das Volk sterben."

Der Boden erwacht

Schon den dritten Tag beobachtet Goldads Gruppe, wie die Boden- und Wasserreform in der Provinz vor sich geht. Darüber berichten ihr Kadir Miakhel als Bevollmächtigter des ZK der DVPA im Nordwesten des Landes (zu dem außer Herat die Provinzen Badghis und Ghor gehören), Fakir Ahmad, der Gouverneur von Herat, und die Leiter der Ämter für Landwirtschaft und Melioration dieser Provinz. Auch ich bekomme die Erlaubnis, der Zusammenkunft beizuhören.

Herat grenzt an den Iran und zählt mit seiner Million Einwohner zu den größten Provinzen des Landes. Es hat 12 Landkreise, 3 Amtsbezirke und 1605 große und kleine Dörfer. In der Stadt Herat bestehen eine Textilfabrik, eine Teppichweberei, einige handwerkliche Betriebe, eine Zementfabrik und ein Kraftwerk. Die Provinz gleichen Namens aber ist ein Meer bäuerlicher Betriebe. Sie sind sehr verschieden: größer, kleiner oder gar landlos.

Ein Drittel der Bauern waren vor der Revolution landlos, sie verdienten sich bei den Großbauern und Beis. Denen, die nur Handtuchparzellen hatten, ging es auch nicht viel besser. Es fehlte an Saatgut, Düngemitteln und Zugvieh. Nicht alle besaßen auch nur primitive Pflüge. Um das alles mußten sie den Großbauern bitten und Schulden machen, die sie nicht bezahlen konnten.

Die Revolution hat der Entrichtung und dem Hungerdasein der Bauern ein Ende gemacht. Sie übergab die Güter der Feudalherren den landlosen Bauern und den Nomaden und annulierte die Schulden von Millionen Bauernfamilien bei den Wucherern. Mit jedem Jahr hilft die Regierung den Bauern mehr und bemüht sich um eine großzügige und komplexe Lösung seiner Probleme.

Natürlich genügt es nicht, Dekrete über den Grund und Boden und das Wasser zu erlassen. Es kommt darauf an, für ihre minutiöse, systematische und wohldurchdachte Befolgung zu sorgen. Das müssen vor allem die lokalen Behörden tun.

Ich verfolge in der Sitzung das Gespräch und weiß, was die Veranstalter und Gäste in erster Linie beschäftigt. Die Bodenreform muß an Ort und Stelle höchst rationell und zweckentsprechend durchgeführt werden. Keinerlei Formalismus! Wozu beispielsweise den Grund und Boden eines Besitzes verteilen, wo noch nicht für die bleibende Sicherheit des Ackerbaus gesorgt ist? Es könnte vorkommen, daß der frühere Besitzer im Herbst mit einer Bande ankommt und den Bauern ihren Ertrag fortnimmt, ja sie einen Kopf kürzer macht. So etwas ist auch hier, in Dörfern von Herat, schon dagewesen.

Oder eine andere Unbedachtsamkeit. Der Kreischef erstattet Bericht, daß der Grund und Boden des Feudalherrn unter die Bauernfamilien aufgeteilt ist und daß jede, wie das Gesetz vorschreibt, nicht mehr als 6 ha bekommen hat. Im Herbst stellt es sich heraus, daß fast der ganze Ertrag wieder in die Speicher des früheren Besitzers gewandert ist, weil die Anteile unter seine nahen und entfernten Verwandten aufgeteilt worden sind.

"Früher beeilten wir uns mit der Reform", gesteht der Provinzgouverneur, Fakir Ahmad. "Dabei haben wir vieles falsch gemacht. Jetzt bemühen wir uns, diese Arbeit mit Bedacht zu erledigen. Die Anweisungen auf eine Parzelle werden von Kommissionen nach eingehender Untersuchung der Lage am Ort und nachdem sie mit den Ältesten jedes Dorfes beraten haben, ausgefolgt. Der Beschuß wird gefaßt, wenn man ganz sicher ist, daß der Betreffende wirklich Anspruch auf das jeweilige Feld hat und es zu nutzen imstande ist. Das geht allerdings nicht so schnell vorstatten, z. B. sind im Januar in der ganzen Provinz nur 126 Anweisungen ausgegeben worden, aber die Arbeit ist auf diese Weise besser geworden.

"Besonders aber kommt es darauf an", sagt Gruppenleiter Goldad, "daß die Reform die Bauern nicht voneinander trennt, sondern sie vereint und den Kollektivismus im Dorf stärkt. Die Leute müssen es lernen, den erhaltenen Grund und Boden zu verteidigen. In den Dörfern, in denen er umverteilt worden ist, müssen zügiger Selbstverteidigungstrupp aufgestellt werden. Man muß die Bauerngenossenschaften fördern."

Mit dem Wasser ist es in der Provinz schwierig. Nur 19 000 ha sind bewässert, 30 000 aber unbewässert. Die Gegend ist heiß und trocken, und auf Regen ist wenig Verlaß. Also müssen große, moderne Bewässerungsanlagen gebaut werden, die den Boden auf weite Sicht berieseln können. Die Staatspläne sehen 32 Bewässerungsprojekte vor. 27 davon für

im Bau oder in der Modernisierung befindliche große Wasserbauten, fünf sind neue Objekte.

Zu diesen gehört der in der Provinz Herat bereits begonnene große Irrigationskomplex Salme. Dem Projekt zufolge wird er zu den 34 000 ha schon bewässerten 40 000 neue hinzufügen. Es handelt sich um eine moderne Anlage, die einige Md. Afghani kosten wird. Wenn sie ihrer Bestimmung übergeben wird, werden seine Kanäle und Wasserräben nicht nur die Provinz Herat, sondern auch anstoßende Gebiete mit Wasser speisen.

Die Bauern erwarten das sehnstüchtig. Die Konterrevolutionäre haben den Salme-Komplex aufs Korn genommen. Vor einem halben Jahr überfiel eine große Bande ein fast fertiges Objekt. Sie zerstörte viele Anlagen, verbrannte Maschinen,

auf ihre Stunde. In Kabul zurück, bringt Goldad die Wiederaufnahme des Baus in Salme zur Sprache, damit der Boden in Herat reiche Ernte hervorbringen kann.

Ein Treueschwur

Auf die Begegnung, von der ich jetzt erzählen will, war ich besonders gespannt. Ein Jahr vorher hatte ich mich von Matin und Khatra vor ihrer Heirat verabschiedet. Wie möchte es ihnen im Ehestand gehen, der so ungewöhnlich begann?

Matin, der erste Sekretär des Demokratischen Jugendverbandes Afghanistan (DJVA) in Herat, hatte ein tragisches Geschick. Nach einem Studium in Moskau kehrte der 22jährige 1981 heim. Er wurde zum Leiter des Landkreises Abi, Provinz Herat, ernannt und siedelte mit der stillen



Diese Waffen wurden im Kampf gegen Banditen erbeutet

Foto des Verfassers

sprengte die Wohnsiedlung der Bauarbeiter und der Leute, die den Komplex bewirtschaften werden, ermordete drei Parteimitglieder und entführte viele Leute. Die Arbeiten gerieten ins Stocken.

In der Sitzung wird über den Komplex gesprochen. Die Regierung und die Ortsbehörden sind sich darüber einig, daß er zu Ende gebaut werden muß.

"Ihr müßt aber für eine viel bessere Bewachung sorgen", sagt Sorkhabi zu Miakhel.

Nach der Sitzung gehen wir vollzählig ins Herater Depot der Bewässerungsmaschinen und besichtigen die leistungsstarken BelAS-Kipper, schweren Bulldozer, Planierraupen, Traktoren und Autokrane. Sie sind völlig in Ordnung und warten

Parvin, seiner jungen Frau, dorthin über. Er arbeitete viel, und Parvin richtete ihre schlichte Behausung, so gut sie konnte, ein und nähte an der Ausstattung für das in Kürze erwartete Baby.

Einmal trat Matin — damals hieß er Muhammad Anwar — eine Dienstreise nach Herat an. Als er zurückkam, erfuhr er, daß Abi von Mujaheddins überfallen worden war. Sie kühlten ihr Mütchen an den Partefunktionären, an dem alten Lehrer und dem Vorsteher der Post. Da sie den Leiter des Landkreises nicht antrafen, ergrißen sie seine Frau, rissen ihr die Kleider vom Leibe, banden sie mit den Füßen nach oben an einen Baum und zersägten sie.

Auf dem Aschenhaufen, der sein Zuhause gewesen war, schwor er seinen Namen ab und nannte sich Matin, der Unbeugsame.

Er ersuchte um Versetzung nach Herat, war eine Zeitlang beim ChAD

tätig und wurde dann zum Sekretär der Jugendorganisation der Provinz gewählt. Er richtete sich kein neues Heim ein, sondern wohnte in seinem Büro, schlief auf dem Sofa und wärmte sich sein schlichtes Essen auf einem Spirituskocher.

Er sah darauf, daß ihm kein freier Augenblick blieb. Von früh bis spät war er beschäftigt: gründete in Betrieben und in den Vierteln der Gewerbetreibenden Jugendzellen, beschaffte für die Schulkinder, deren Väter für die Revolution gefallen waren, Schulbücher und Pionieruniformen, Kleidung und Schuhe — Spenden aus den sozialistischen Ländern —, bekämpfte Händler, die die Preise für ihre Waren hochschaubten, rüstete Freiwillige — Schützer der Revolution — für Kampfoperationen aus, beteiligte sich selbst an der Verfolgung von Mujaheddinbanden, veranstaltete Heldenehrungen und sorgte für die pietätvolle Beisetzung der Gefallenen.

So vergingen nach der Tragödie in Abi drei Jahre.

Sureia war in der zwölften, obersten Lyzeumsklasse. Sie war lebhaft und offen und hatte nichts von der orientalischen Sanftmut und Ängstlichkeit, die den afghanischen Mädchen jahrhundertelang anerzogen wurden.

Sie liebt Gedichte, war schon als Kind eine Leseratte und dichtete später selbst. Im Lyzeum kannte niemand die afghanische und überhaupt die orientalische Klassik besser als sie. Stundenlang konnte sie auswendig Verse von Nisami vortragen und kannte das Epos "Schahnameh" seitenlang auswendig. Vielleicht deshalb schrieb sie unter dem Pseudonym Khatra, was Gedenken bedeutet. Unter diesem Pseudonym erschienen ihre Verse in der Herater und sogar in der Kabuler Presse und wurden im Rundfunk vorgetragen. Matin, ein Kenner der Poesie, hätte sich nicht vorstellen können, daß sich hinter dem in Herat allgemeinbekannten Pseudonym eine 17jährige Lyzeumsschülerin verbarg.

Sie lernten sich bei einer Jugendveranstaltung kennen, in deren Rahmen eine Art Vierzeilerwettstreit ausgetragen wurde. Gewöhnlich konnte sich niemand mit Khatra messen, aber dieses Mal wurde sie etwas von Matin übertroffen. Dem Mädchen traten Tränen in die Augen. Sie schloß den traurigen jungen Mann mit dem eigentümlichen, aber stolzen Namen ins Herz.

Ihr letztes Schuljahr ging zu Ende. Da tat ihr Vater, ein pensionierter königlicher Beamter, seinen Willen kund, sie müsse gleich nach der Abgangsfeier einen Teppichhändler heiraten, der schon 200 000 Afgha-

ni — ein schönes Brautgeld — zugesagt hatte.

Khatra gehört aber nicht zu denen, über die man bestimmen kann. Sie begehrte auf und verließ, wie sie ging und stand, das Haus. Ein paar Wochen hielt sie sich bei ihrer Literaturlehrerin auf. Der Vater kam mehrmals in die Schule und drohte ihr, aber der Provinzgouverneur nahm das Mädchen in Schutz. Im revolutionären Afghanistan sind die Mädchen keine Ware mehr, die man kaufen und verkaufen kann.

Dem Gouverneur gestand sie, daß sie Matin liebte. Er stellte die beiden nochmals einander vor, und zum erstenmal seit drei Jahren taute das erstarnte Herz des Jugendsekretärs auf.

Es war ein Freitag, in Afghanistan der arbeitsfreie Tag, als ich die beiden besuchen ging.

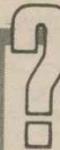
Sie nahmen mich wie einen guten alten Freund auf. Ich sah mir mit Interesse die kleine Zweizimmerwohnung an. Fast keine Möbel, nur kleine Teppiche auf dem Fußboden und Regale mit Büchern und einfachem Geschirr. Sie hätten ja gar nicht reich sein können. Khatra hatte aus ihrem Vaterhaus nichts mitgenommen, und Matin hatte überhaupt nichts. Ihr größter Reichtum ist ihr Kleiner, der vor einem Monat zur Welt kam und den der Vater auf dem Arm hält.

Beim Essen erfahre ich, wie es meinen Freunden ergangen ist. Khatra ging gleich nach der Hochzeit zum ChAD arbeiten, wo man gebildete, der Revolution ergebene Leute dringend braucht. Sie wurde Kandidatin der DVPA. Jetzt bleibt sie beim Baby zu Hause. Matin ist im Stadtkomitee der Partei Abteilungsleiter. Er ist wie einst von früh bis spät beschäftigt und arbeitet tatkräftig bei der Gründung neuer Parteiorganisationen mit.

"Die Leute kommen zu uns, sie glauben an den Sieg der Revolution", sagt er. "Stellen Sie sich vor, unlängst haben wir sogar aus Händlern eine Parteiorganisation gebildet. Das sind ja Privathändler, denen es nur um den Gewinn zu tun ist. Und doch sind sie sehr einsatzbereit und haben Prinzipien. Sie achten auf gerechte Marktpreise, sorgen bewaffnet für Ordnung in den Geschäftsvierteln und erteilen den von den Rädelsführern der Mujaheddins ausgeschickten Banditen, die Geld oder Nahrungsmittel erpressen wollen, eine Abfuhr."

Beim Abschied trete ich noch an ein Regal, auf dem Fotos stehen. Aufnahmen von der Hochzeit, Familienfotos. Und noch ein Foto, das mir die beiden schon voriges Mal zeigten: von Parvin.

Herat-Kabul



Berichten Sie bitte über die Tätigkeit der Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung von unabhängigen Ländern im Süden Afrikas.

W. TSCHISHEWSKI
Charkow, Ukr. SSR

Die Konferenz zur Koordinierung der Entwicklung unabhängiger Länder im Süden Afrikas (KKELA) ist eine intergouvernementale Organisation, deren Mitglieder die neun Länder im südlichen Afrika sind: Angola, Botswana, Sambia, Simbabwe, Lesotho, Malawi, Mocambique, Swasiland, Tansania.

Die KKELA wurde 1980 zur Abwehr der wirtschaftlichen Expansion und des politischen Einflusses der RSA in dieser Region Afrikas gegründet. Zu diesem Zweck mobilisiert die KKELA die eigenen Potenzen der Mitgliedsländer, nimmt doch auch andere Finanzhilfen in Anspruch: von den Spezialorganisationen der UNO, den arabischen OPEC-Mitgliedsländern, den EG-Mitgliedern usw. In den vergangenen vier Jahren konzentrierte die KKELA ihre Anstrengungen auf die Wiederherstellung und Entwicklung der Einrichtungen des Transports und des Nachrichtenwesens, anderer Elemente der Infrastruktur in den Ländern, die durch die Kriegshandlungen verwüstet wurden. Die Gesamtausgaben für die Wiederherstellungsvorhaben beliefen sich in den vier Jahren auf 2,5 Milliarden USA-Dollar. Zur Sprengung der wirtschaftlichen Vormachtstellung Pretorias erweiterte die KKELA laufend die Zusammenarbeit der Neun in Industrie, Landwirtschaft, im Außenhandel und bei der Heranbildung nationaler Fachkräfte.

Eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer der KKELA behindern die in Angola und Mocambique operierenden bewaffneten Banden, die von der RSA unterstützt werden.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ihre Zeitschrift behauptet ständig, der Militär-Industrie-Komplex der USA bedrohe Frieden und internationale Sicherheit. Im Prinzip bin ich mit dieser Feststellung einverstanden. Doch warum verschweigen Sie die Tätigkeit des Militär-Industrie-Komplexes in der UdSSR?

Milton MELLOR
Cleveland, USA



Es diskutiert

Dr. oec.

Juri

LAWROW

Als die Redaktion mich, geehrter Mr. Mellor, mit Ihrem Brief bekannt machte, hat mich Ihre Frage nicht sonderlich verwundert. Sie sind nicht der erste, der von einem Militär-Industrie-Komplex (MIK) als einer universalen Erscheinung spricht, welche angeblich für alle Industrieländer, unabhängig von ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, charakteristisch sei. Dem ist absolut nicht so.

Die UdSSR besitzt natürlich ebenso wie die USA Streitkräfte, eine Verteidigungsindustrie und einen Staatsapparat. Doch diese Ähnlichkeit ist nur äußerlich. Zweifelsohne gibt es Armeen und deren Waffenproduzenten nicht das erste Jahrhundert. Doch kaum jemand wird behaupten können, es habe MIKs bereits in der Antike oder im Mittelalter gegeben. Und auch im Kapitalismus tauchten sie erst später auf.

Koalitionen von Gruppen, die an der ständigen Steigerung der Rüstungsproduktion interessiert sind, haben erst nach dem zweiten Weltkrieg den führenden Platz in der sozialökonomischen Struktur der USA und einiger westeuropäischer Länder eingenommen. Und dafür gibt es spezifische, durchaus konkrete Gründe. Im zweiten Weltkrieg machte die US-Rüstungswirtschaft einen jähren Sprung nach vorn. Unter den kriegsführenden kapitalistischen Staaten waren die direkten Rüstungsbewilligungen der USA mit 325 Md. Dollar (1945) die höchsten, wodurch sie um mehr als 50 Md. Dollar selbst über den Ausgaben Hitlerdeutschlands lagen. Infolgedessen wurde der Rüstungssektor der US-Wirtschaft zur größten Bastion des Militarismus nicht nur

in den USA, sondern weltweit.

Verständlicherweise beruhigten sich die Bosse der "Menschenabschlachtungsindustrie", wie sich Karl Marx ausdrückte, auch nach dem Krieg nicht. Im Gegenteil taten sie alles, um eine Lage zu schaffen, die es ermöglichen würde, die Kriegsvorbereitung auch in Friedenszeiten zu forcieren. Und da machte sich die Gefahr der Entstehung des MIK mit aller Schärfe bemerkbar. Die Monopole, die sich am Wettrüsten bereichert hatten, zeigten sich zutiefst interessiert an der Vereinigung ihrer Anstrengungen mit denen des Staatsapparats und der Militärbürokratie, da nur ein solches Triumvirat Erfolg versprach. Und sie haben ihn erzielt. 1947-1985 stiegen die US-Rüstungsausgaben um ein Vielfaches — von 14,4 auf 314 Md. Dollar. Heute stecken die USA fast ein Drittel des Staatshaushaltes in die Hochrüstung, als befände sich das Land im Kriegszustand.

In der Sowjetunion sieht das ganz anders aus. Bedingt durch die staatliche Planwirtschaft, durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und dank der friedliebenden Außenpolitik des Sozialismus gibt es in der UdSSR nicht nur keine Klassen, sondern nicht einmal Bevölkerungsgruppen oder -schichten, die an einer Steigerung der Rüstungsausgaben und am Wettrüsten interessiert wären. Kein Sowjetbürger kann aus den Verteidigungsausgaben unmittelbar Nutzen für sich persönlich ziehen. Fragen Sie einen sowjetischen Menschen — vom Erwachsenen bis hin zum Schüler —, und sie werden Ihnen erzählen, wie die staatlichen Gelder mit viel größerem Nutzen für den einzelnen und für das ganze Land ausgegeben werden könnten. Und wenn wir nicht geringe Mittel für die Verteidigung bereitstellen, dann nur deshalb, weil wir dazu gezwungen sind. So können wir, Mr. Mellor, konstatieren, daß die sowjetischen Menschen keine ökonomischen, politischen und ideologischen Beweggründe für das Wettrüsten haben. Folglich gibt es in der UdSSR weder eine materielle noch eine soziale Grundlage für einen MIK.

Die Leiter der sowjetischen Rüstungsbetriebe, die in diesen Werken beschäftigten Ingenieure, Arbeiter und Angestellten sind bereit, schon morgen zur Produktion ziviler Erzeugnisse überzugehen. Würden sie ja dabei nichts verlieren. Jeder würde seinen Arbeitsplatz behalten, das Lohnniveau würde nicht sinken und es würde keine Probleme damit geben, einen anderen Beruf zu erlernen oder sich umzuqualifizieren. Bei uns erfolgt eine berufliche Umschulung auf Staatskosten.

Ich brauche Ihnen nicht zu erklären, daß es in den USA anders aussieht. Die Konzerne, die am Rüstungsgeschäft profitieren, sind entschiedene Gegner einer Umstellung auf die zivile Produktion. Liegen ja die Profite der Rüstungsmonopole durchschnittlich zwei- bis dreimal so hoch wie die Gewinne in den zivilen Branchen. Aus Angst vor Kündigungen stehen Rüstungsindustrieverbände dieser Idee zurückhaltend gegenüber. So konnte man in den Jahren des Vietnam-Krieges in vielen US-Rüstungsbetrieben auf der Arbeitskleidung von Beschäftigten ein Abzeichen mit der Aufschrift "Tötet nicht den Krieg, der uns ernährt" sehen. Eine solche Einstellung zu einem Krieg, der zur Schande Amerikas wurde — das ist eine besonders finstere Ausgeburt des MIK.

Doch vielleicht werden Sie da einwenden, bei all dem liege das sowjetische Militärpotential kaum hinter dem der USA zurück. Ich will das nicht bestreiten — wir besitzen die Stärke, die es ermöglicht, jedem Aggressor eine Abfuhr zu erteilen. In einer Lage, da die Reagan-Administration den "Kreuzzug gegen den Sozialismus" verkündet hat, müssen wir die Kampfkraft unserer Streitkräfte auf dem Stand halten, der die militärstrategische Parität USA-UdSSR, NATO-Warschauer Vertrag zuverlässig zu gewährleisten vermag. Und das erreichen wir dank den Vorzügen unseres Wirtschaftssystems und den sozialistischen Prinzipien zur Sicherstellung des Verteidigungshaushaltes.

Der Sowjetstaat und die KPdSU, die die Interessen des Volkes vertreten, verwirklichen konsequent eine Politik des Friedens und Abrüstung. Die Gefahr für den Frieden geht vom imperialistischen Militarismus, nicht aber von der Sowjetunion und deren Militärmacht aus. Und deshalb gibt es in der UdSSR auch keinen MIK, da die Voraussetzungen für dessen Entstehung nicht gegeben sind.

DIE MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“

kommentieren das Geschehen auf allen Kontinenten, berichten über die wichtigsten außenpolitischen Schritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, über den Kampf der Ideologien, die sowjetische Wirklichkeit, Probleme des 20. Jahrhunderts.

Die NEUE ZEIT bringt Beiträge sowjetischer und anderer Staatsmänner und Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten; ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die NEUE ZEIT erscheint in neun Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch und tschechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

B E L G I E N (600 bfr.) — Librairie du Monde Entier rue du Midi, 162 B-1000 Bruxelles. Association Belgique—URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.

B R D (35,00 DM) — Plambeck und Co, Druck und Verlag GmbH, Postfach 920, 4040 Neuss 1.

— W. E. Saarbach GmbH, Ausland-Zeitungshandel 5 Köln 1, Follerstraße 2 — Postfach 101610.

— Kubon & Sagner, D 8000 München 34, P. O. Box 340108.

— Presse-Vertriebsgesellschaft m.b.H. 6 Frankfurt am Main, Börsenstraße 13—15.

D Ä N E M A R K (96 dkr.)

— „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
Copenhagen
„Akademisk Boghandel“
Universitetsparken 800 Aarhus C
Denmark

D D R — Alle Postämter

H O L L A N D (44 hfl.)

— „Pegasus“ Boekhandel
Leidsestraat 25
Amsterdam
„Swets“ Subscription Service
P.O. Box 845
2160 SZ Lisse

J U G O S L A W I E N

— 11 000 Beograd, „Jugoslovenska kniga“, Terazije 27 II, soba 5.
— 11 001 Beograd, Prosveta Terazije 16 1.
— 41 000 Zagreb, „Mladost“, Ulica 30.
— 6100 Ljubljana, „Drzavna Založba Slovenije“
Titova 25. P. O. B. 50-1

Ulica JNA 42
71 000 Sarajevo, SFRY
Makedonska Kniga
Knigoizdatelstvo
Otdelenie za Stranska literatura
Ulica Tiranska bb
91 000 Skopje, SFRY

L U X E M B U R G (600 bfr.) —
Messageries Paul Kraus, Case,
Postale 2022, 5, rue de Hollerich
Luxembourg-Gare.

N O R W E G E N (80 nkr.)
„Norvesens“ A. S.
Literaturfjeneste
P. O. Box 6125
Etterstad
Oslo

O S T E R R E I C H (180 ÖS) —
„Globus“-Vertrieb ausländischer Zeitschriften, A-1206 Wien, Höchstädtplatz 3.

— „Das Internationale Buch“ Trattnerhof 1, A-1010 Wien 1.
— Morawa und Co., Wien, Postfach 159.
— Österreichische Kommissionsbuchhandlung Maximilianstraße 17, A-6020 Innsbruck.
— Gerold und Co. Graben 31 A-1011 Wien 1, Postfach 597.

P O L E N (260 Zl.) — Niederlassungen, Postämter und internationale Presse- und Bücherclubs.

S C H W E I Z (32,00 sfr.)

— Librairie Rousseau 36, rue J.-J. Rousseau, Genève.
— Pinkus Froschaustrasse 7, 8001 Zürich
— Reiher-Verlag, Postfach 3000, Bern 6.

T I S C H E C H O S L O W A K E I

PNS-dovoz tisku;
PNS dovoz flace.

U N G A R N — Alle Postämter

U S A (16,60 \$) Victor Kamkin, Inc.
12224 Parklawn Drive Rockville,
Md. 20852.

W E S T B E R L I N (35,00 DM) „Das europäische Buch“, 1000 Berlin 33 West, Thielallee 34.

— Buchhandlung Elwert & Meurer, 1 Berlin 62 West, Hauptstraße 101.

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn/Frau/Frl. Fa Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte entsprechendes ankreuzen

Unterschrift

Vom 25. Februar bis zum 6. März fanden in der Sowjetunion Tage der tschechoslowakischen Kultur anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung der Tschechoslowakei vom Hitlerfaschismus statt.

Über 1000 Berufs- und Laienkünstler kamen, um ihre besten Leistungen in 35 Städten der UdSSR zu demonstrieren.

In Moskau hatte das Gastspiel der Operntruppe des Prager Nationaltheaters großen Erfolg. In Leningrad trat das Prager Kammerballett auf. Die Einwohner von Tallinn und Tartu erlebten die Truppe des Oldrich-Ctibor-Theaters aus Olomouc. In Baku wurde eine Ausstellung von Gemälden gezeigt, die in schöpferischer Zusammenarbeit tschechoslowakischer und aserbaidschanischer Künstler entstanden. An anderen Veranstaltungen der Kulturtage nahmen bekannte Schlagersänger aus der CSSR teil wie Karel Gott, Eva Pilarova und Waldemar Matuska. Die Kulturtage demonstrierten die feste Freundschaft der Völker beider Länder, die im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus, für den Sozialismus und Frieden erstarkte.

TAGE DER KULTUR DER CSSR IN DER UDSSR



Konzert des Sinfonieorchesters und des Chors der Slowakischen Philharmonie



Der Generaldirektor von „Filmexport“ der ČSSR, Jiri Janousek [links], die Schauspielerin Katarina Lojdova und der stellvertretende Vorsitzende des Komitees für Filmwesen der UdSSR, Michail Alexandrow



Verkaufsausstellung tschechoslowakischer Schallplatten im Moskauer Melodija-Geschäft

Bei der Eröffnung der Ausstellung „Architektur der Prager Metro“ im Zentralen Architektenhaus

Fotos: TASS